

# DEUTSCHE **POLIZEI**

DEZEMBER 2013 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



# **NEIN** *zu Gewalt an Frauen*

## IN DIESER AUSGABE:

### DienstHUNDE

„Die Hunde überraschen uns jedes Mal von Neuem“

### EUROPA

Jörg Bruchmüller neu im EuroCOP-Vorstand

### AUSSTATTUNG

Diskussionen um das Yelp-Signal

### SOZIALES

Fürsorge 3.0

### LANDESBEZIRKE

Delegiertentage in Schleswig-Holstein und Niedersachsen

### SENIORENJOURNAL

# KOMMENTARE ZUM POLIZEIRECHT

## Bundespolizeigesetz

Kommentar

Herausgegeben von **Dietrich Heesen** †, **Jürgen Hönle**,  
**Helgo Martens** und **Andreas Peilert**

5. Auflage 2012 / **Umfang:** 1496 Seiten / **Format:** DIN A5,  
Hardcoverausgabe m. Fadenheftung

**Preis:** 79,90 € [D]

**ISBN 978-3-8011-0590-7**

Dieser praxisorientierte Kommentar richtet sich an alle, die mit Fragen des Bundespolizeirechts und des Zwangsrechts des Bundes befasst sind. Folgende Bundesgesetze werden kommentiert:

- Bundespolizeigesetz
- Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz
- Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes.

Zahlreiche Auszüge aus Urteilen erleichtern dem Leser die Einschätzung der einschlägigen Rechtsprechung und damit auch eine praxisnahe Lösung. Zudem wird das rechtliche Verständnis durch anschauliche Beispiele gefördert.



### DIE AUTOREN

*Jürgen Hönle*, Vizepräsident a. D., Grenzschutzpräsidium Ost, Berlin.

*Helgo Martens*, Polizeioberrat i. d. Bundespolizei.

*Prof. Dr. Andreas Peilert*, Fachhochschule des Bundes, Lübeck.

## Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht für Berlin

Kommentar

Von **Michael Knappe** und **Ulrich Kiworr**

10. Auflage 2009 / **Umfang:** 976 Seiten / **Format:** DIN A5,  
Hardcoverausgabe m. Fadenheftung

**Preis:** 59,90 € [D]

**ISBN 978-3-8011-0611-9**

Das vorliegende, in mehreren Auflagen bewährte Studienbuch kommentiert eingehend die einzelnen Vorschriften des ASOG Bln und kann insoweit auch bei der Auslegung der Polizeigesetze anderer Bundesländer von Nutzen sein. Es enthält ferner einen Überblick über Ursprung und Entwicklung der Polizei- und Ordnungsverwaltung sowie eine Reihe ergänzender Vorschriften, wie z.B. das UZwG Berlin und das BlnDSG.



### DIE AUTOREN

*Prof. Michael Knappe*, Direktor beim Polizeipräsidenten, Leiter der Polizeidirektion 6 in Berlin, Honorarprofessor an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin,

*Ulrich Kiworr*, Vorsitzender Richter am Landgericht Berlin und Dozent im Fachbereich Polizeivollzugsdienst der Fachhochschule.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH · Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)



Foto: dpa

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem Erscheinen der Dezember-Ausgabe DEUTSCHE POLIZEI schließt sich für unsere Leserinnen und Leser wie auch die Kolleginnen und Kollegen der DP-Redaktion – wieder einmal – ein Jahr voller Nachrichten, Ereignissen und Begebenheiten. Zusammen haben wir uns über manches geärgert, vieles hat uns überrascht. Einiges hat uns traurig gestimmt oder hoffungstroh in die Zukunft blicken lassen.

Das Themen bewegen, haben die vielen Leserzuschriften eindrucksvoll demonstriert. Dafür möchte sich die Redaktion bei ihren Leserinnen und Lesern herzlich bedanken und gleichzeitig dazu aufrufen, nicht nachzulassen und meinungsstark zu bleiben.

Mit dem ersten Advent und der beginnenden Zeit der Besinnlichkeit steuert der Dezember womöglich auch auf den ein oder anderen Weihnachtsstreit, vor allem an den Feiertagen, zu. Nicht selten sind es dann Polizistinnen und Polizisten, die durch ihre Ruhe und Kraft die Händel schlichten. Polizistinnen und Polizisten, die dem festlichen Kreis ihrer eigenen Familien fern bleiben müssen, um draußen ihre Aufgabe zu erfüllen.

DEUTSCHE POLIZEI wünscht allen Kolleginnen und Kollegen ein frohes wie sicheres Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das neue Jahr.

## INHALT

Dezember 2013

- 2 **KOMMENTAR** Heiße Kartoffel
- 2/36 **FORUM**
- 4 **TITEL/HÄUSLICHE GEWALT**  
Gewalttätige Auseinandersetzungen in Familien im Blick –  
Positionspapier des GdP-Bundesfrauenvorstandes vorgestellt
- 13 **EUROPA** Jörg Bruchmüller neu im EuroCOP-Vorstand
- 14 **BILDUNG** Lehrer zu verleihen
- 15 „Das ist kein Kinderkram“
- 16 **AUSSTATTUNG** Diskussion um das Yelp-Signal
- 18 **BUNDESKRIMINALAMT** „Das Internet entgrenzt Kriminalität!“
- 18 Bundesweite Polizeitauschbörse
- 19 **FÖRDERPREIS** Goslarer Zivilcourage-Kampagne geehrt
- 19 **BEREITSCHAFTSZEITEN** IMK soll für einheitliche positive  
Regelung in allen Ländern sorgen
- 20 **RECHT**
- 21 **SOZIALES** Fürsorge 3.0
- 25 **DIENSTHUNDE** Unbeirrbar auf der Fährte
- 27 „Die Hunde überraschen uns jedes Mal von Neuem“
- 31 **LANDESBEZIRKE** Delegiertentage in Schleswig-Holstein  
und Niedersachsen
- 33 **ERLEBNISSE** Auslandseinsatz der anderen Art
- 34 **AUS- UND FORTBILDUNG** Was der Wasserschützer  
können muss
- 35 **TARIF** Neue Entgeltordnung tritt ab 1. Januar in Kraft
- 36 **SENIOREN**
- 40 **BÜCHER/IMPRESSUM**



## Heiße Kartoffel

Ob der Koalitionsvertrag zwischen der Union und der SPD unterschrieben wird, steht zu dem Zeitpunkt, als dieser Kommentar verfasst wurde, noch nicht fest.

Aber wenn er unterschrieben wird, werden wir feststellen, dass das Thema innere Sicherheit nach NSU-Mordserie und NSA-Abhörskandal von der Politik offenbar fallen gelassen wurde, wie eine heiße Kartoffel. Dabei weisen NSU und NSA auf die gleiche offene Wunde: Nahezu aus jeder Zeile des umfangreichen Berichts des Untersuchungsausschus-



ses zu dem rechtsextremistischen Mordkomplott schreit der Vorwurf, die Sicherheitsbehörden hätten mehr wissen, besser analysieren und sich stärker vernetzen müssen. Trennungsgebot hin oder her.

Der NSA-Abhörskandal wiederum zeigt, was mit einem Land passiert, das mangels eigenem Potenzial zur Abwehr terroristischer Anschläge dringend auf Informationen und Hinweise eines „großen Bruders“ angewiesen ist und es selbst nie für nötig befunden hat, sich und seine Bürger vor fremden Lauschangriffen zu schützen. (Dass diese Bürger selbst alles dafür tun, damit möglichst viel in dem amerikanischen Staubsauger landet, steht auf einem anderen Blatt.)

Diese verstörenden Wahrheiten sind Anlass genug, mit Spannung auf die Verabredungen der Arbeitsgruppe Inneres und Justiz der künftigen Koalitionäre zu blicken. Das Ergebnis soll hoffnungsvoll stimmen:

Man werde die Vorschriften zur Kronzeugenregelung und zur Verständigung im Strafverfahren evaluieren. Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Antiterrordatei sollen umgesetzt und die Analysefähigkeit der Datei

verbessert werden. heißt es in dem der GdP vorliegenden Papier der Arbeitsgruppe Inneres und Justiz da tatkräftig. Und weiter: Die Vorschriften über die Quellen-TKÜ sollen rechtsstaatlich präzisiert werden, um unter anderen das BKA bei seiner Aufgabenerfüllung zu unterstützen. Zur Vorratsdatenspeicherung konnten sich die Politiker nicht einigen, obwohl die langjährige Bremserin, FDP-Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, gar nicht im Spiel war.

Und damit so etwas wie die NSU-Mordserie nicht noch einmal passiert, haben sich die künftigen Koalitionspartner fest in die Hand versprochen, sich die zahlreichen Reformvorschläge des Untersuchungsausschusses für die Bereiche Polizei, Justiz und Verfassungsschutz, zur parlamentarischen Kontrolle der Tätigkeit der Nachrichtendienste sowie zur Zukunft der Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus auf Bundesebene zu eigen zu machen und zügig umzusetzen. Im Dialog mit den Ländern sollen Wege für die Umsetzung dieser Empfehlungen erarbeitet werden.

Da kann uns ja nichts mehr passieren, weil die mutmaßlichen Koalitionäre wissen:

„Der öffentliche Dienst ist Grundlage einer funktionierenden staatlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Das Berufsbeamtentum ist dabei Garant einer leistungsfähigen und unabhängigen Verwaltung. Zur Sicherung der Fachkräftebasis und zur Gewinnung qualifizierten Nachwuchses brauchen wir eine demografievorsorgende Stellen- und Personalpolitik. Die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes erfordert moderne, attraktive und familienfreundliche Arbeitsbedingungen sowie partnerschaftliche Personalvertretungen.“

Oliver Malchow  
GdP-Bundesvorsitzender

### Zu: Leserbrief von Tania Kambouri zu Paralleljustiz in Deutschland, DP 10/13

Respektlosigkeit, Beleidigungen, Machtkämpfe – die offenen und deutlichen Worte der Bochumer GdP-Kollegin Tania Kambouri über ihre teils schmerzlichen Erfahrungen mit straffälligen Migranten in ihrem alltäglichen Dienst (abgedruckt auf Seite 2/3 der DP-November-Ausgabe) haben ein überwältigendes Echo an weiteren Leserreaktionen ausgelöst. „Aus der Seele geschrieben“ „Gratulation“, „Super“, so einige wenige der auf den Punkt gebrachten durchweg zustimmenden Meinungen.

Aufgrund der Fülle der Zuschriften wird die Redaktion DEUTSCHE POLIZEI in der Januar-Ausgabe 2014 eine Zusammenfassung der in der Redaktion eingegangenen Äußerungen veröffentlichen.

Red.

### Zu: Rockerkriminalität, DP 6/13

Ich bin selbst Motorradfahrer und war jahrelang in einem kleineren Motorradclub in Dresden ansässig. Dort hatten wir so einige Tänzchen mit den großen Clubs durch. Die kamen auf unsere Partys und das in großer Zahl und wollten natürlich alles umsonst verzeihen, was natürlich nicht ging, da wir ansonsten große Verluste eingefahren hätten. Wenn wir nein gesagt hatten, sind sie wieder mürrisch gegangen oder unser Präsident bekam Ärger.

Mir war das nach zehn Jahren Mitgliedschaft dann zu viel und ich bin ausgetreten, damit auch mein Club seine Ruhe hatte. Die Mitglieder des „Gremiums“ und auch der „Hell Angels“ in Dresden wussten, wo ich arbeite. Mein Club wusste das auch, also habe ich meine Konsequenzen gezogen.

Nun zum eigentlichen Ansinnen meines Schreibens. Ich habe in einigen Ländern außerhalb Deutschlands gesehen, dass die Motorradfahrer mit gelben Warnwesten rumfahren müssen. Was haltet Ihr davon, wenn



Ihr beim Bundesverkehrsministerium auch eine solche Regelung anstrebt. Wir schlagen damit zwei Fliegen mit einer Klappe. Erstens: Durch die Tagfahrlichter an den Pkw sind Zweiradfahrer nicht mehr so gut zu erkennen und es kommt in letzter Zeit zu immer mehr Motorradunfällen. Zweitens: Die großen Clubs könnten so nicht mehr ihre „Kutten“ präsentieren, da sie darüber ihre Warnwesten tragen müssten. Die Warnwestenpflicht dürfte natürlich nicht alle Zweiradfahrer treffen, da es für Rollerfahrer wenig Sinn macht, so dass diese Verordnung ab einer bestimmten Kubikzahl erst greifen dürfte.

**Lutz Merkel,  
Autobahnpolizeirevier Dresden**

### Zu: DHPol-Blog, DP 10/13

Durch die GdP-Zeitschrift DEUTSCHE POLIZEI bin ich auf den Blog aufmerksam geworden. Die Vorstellungen des Kooperativen Führungssystems (KFS) begleiten mich seit einigen Jahrzehnten, da ich einen der Väter dieses Modells persönlich kannte, es war Günter Berndt. Er war in meiner über 40-jährigen aktiven Dienstzeit der autoritärste Vorgesetzte von allen. Er war scharf wie eine Rasierklinge und von Karriereehre getrieben. Kein anderer hat unablässig Machtspiele zelebriert und sich zum Herrscher über seine Dienststelle in Berlin-Moabit aufgeschwungen. Kleinlichste Regelspiele waren sein Markenkern.

Er besaß jedoch Kenntnisse, die uns trotz gründlichen Umschauens nach allen Vorschriften, auch zum damaligen BGS, verborgen waren. Wir fragten uns, wo hat der das her? Welches sind seine Quellen? Dass ausgerechnet dieser Mann ein Führungssystem vorstellte, welches sich kooperativ nannte, war für uns ein Treppenwitz.

Ich habe seine Bücher Führungslehre I und II sowie Stabsarbeit gelesen. Allerdings konnte ich nicht herauslesen, welcher Beitrag von Berndt und welcher von Altmann war. Altmann ist mir unbekannt.

Später hörte ich vom KFS-Vorläufer, dem Harzburger Führungsmodell für die Wirtschaft. Als ich dann lesen

konnte, dass ein ehemaliger hochrangiger SS-Angehöriger nach seiner Entnazifizierung ab 1955 diese Akademie gegründet hatte, stellten sich bei mir Vermutungen ein, hier könnte der Vorläufer und der ursprüngliche Anstoß von Berndt zum KFS zu finden sein.

Reinhard Höhn hieß dieser Mann und er hatte weitere hohe SS-Männer um sich geschart, die nun überlegten, welche Fähigkeiten und Kenntnisse gefragt seien in der geänderten Zeit. Organisation und Führung großer Einheiten waren ihre Spezialität, die umgeschrieben wurden für das, wie es nun hieß, Management für die Wirtschaft.

An der DHPol ist man, wie ich weiß, vom wissenschaftlichen Ansatz der Theorie des KFS überzeugt. Wir kennen alle den Spruch, Theorie gut – Praxis schlecht. Doch hat mich das Leben gelehrt, wenn etwas in der Praxis nicht funktioniert, taugt auch die Theorie nichts. Ich kenne in Berlin seit langer Zeit viele mittlere und hohe Polizeiführer. Kein einziger praktiziert das KFS, sondern das Führungsverhalten ist von der jeweiligen Persönlichkeit geprägt. Da stellt sich für mich die Frage der Verifizierung: Wie wird die Wirksamkeit dieses Modells in der Praxis überprüft, damit nicht der Verdacht aufkommen kann, hiermit ein Placebo zu pflegen.

**Klaus Nowobilsky, Berlin**

### Zu: „Dunkelfeld bei alten Alten schwer zu beleuchten“, DP 11/13

Nachdem in der November-Ausgabe DEUTSCHE POLIZEI erneut Fachbeiträge zum Thema Altenkriminalität beziehungsweise Viktimisierung älterer Menschen veröffentlicht wurden, möchte ich zur Fachtagung „Dunkelfeld bei alten Alten schwer zu beleuchten“ auch einige Anmerkungen machen. Insbesondere die beiden Aussagen „... Laut PKS nimmt die Gefahr, als über 60-Jähriger Opfer einer Straftat zu werden, deutlich ab ...“ sowie „... Bei Menschen ab 60 nimmt die Gefährdung – abgesehen von wenigen Delikten – im höheren Alter nicht zu, sondern ab ...“ erachte ich als mehr als fraglich.

Wenn Sie die steigende Zahl an pfe-

gebedürftigen Menschen betrachten, habe ich die große Sorge, dass die Aussage „beiß nicht in die Hand, die dich füttert“ für viele Menschen bereits im wahrsten Sinne des Wortes eine zutreffende Beschreibung der eigenen Lebensumstände darstellt. Gerade diese Menschen haben keine Lobby, können aufgrund ihrer Einschränkungen nicht zu unseren Präventionsveranstaltungen kommen und werden auch nicht in unseren Wachräumen zur Anzeigerstattung vorstellig. Und wir bieten für diese Mitbürger in den meisten Fällen auch keine aufsuchende Präventionsarbeit an. Folglich haben wir hier tatsächlich ein großes Dunkelfeld und ich gehe davon aus, dass auch unsere Forschungseinrichtungen nur in Ausnahmesituationen gezielt Menschen in Pflegeabhängigkeit aufsuchen, um diese im heimischen Umfeld oder in Pflegeeinrichtungen zu befragen. Bei Demenzerkrankungen kommt noch erschwerend hinzu, dass sich viele dieser schutzbedürftigen Menschen überhaupt nicht adäquat artikulieren können/könnten. Aus meiner Sicht ist dies wie bei Kleinkindern: die Schutzbedürftigsten haben keine Fürsprecher und können sich selbst nicht an uns wenden.

Echte harte Daten und Fakten zur Gefahr der Opferwerdung älterer Menschen finden sich jedoch schon lange in unseren Vorgangsverwaltungssystemen. Aus diesen Systemen generieren wir zwar die PKS-Daten nach bundesweit einheitlichen Standards; es bleiben aber viele Daten unberücksichtigt. Zur Gewaltkriminalität, die nur einen

Fortsetzung auf Seite 36

*Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.*

#### Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand  
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI  
Stromstraße 4  
10555 Berlin  
Tel.: 030/39 99 21-113  
Fax: 030/39 99 21-200  
E-Mail:  
gdp-pressestelle@gdp.de**



## HÄUSLICHE GEWALT

# Gewalttätige Auseinandersetzungen in Familien im Blick

Positionspapier des GdP-Bundesfrauenvorstandes vorgestellt



Foto: Thierry Bordas/dpa

**H**äusliche Gewalt ist ein gesamtgesellschaftliches Problem – Frauen aller Altersgruppen, aus allen sozialen Schichten, Deutsche und Migrantinnen sind vor allem davon betroffen, aber auch Kinder und Männer. Bereits im Jahr 1990 stellte der Bericht der Gewaltkommission der Bundesregierung erstmals offiziell fest, dass Gewalt in der Familie die in unserer Gesellschaft am häufigsten ausgeübte Gewalt ist. Täglich dutzendfach wird die Polizei gerufen, um irgendwo in Deutschland angesichts massiver familiärer Auseinandersetzungen einzugreifen. Durch das im Jahr 2002 in Kraft getretene Gewaltschutzgesetz bestehen für Polizistinnen und Polizisten mittlerweile mehr Möglichkeiten, den grundgesetzlich geschützten Bereich der Wohnung bereits beim Anschein eines Verdachts auf häusliche Gewalt zu betreten und Maßnahmen zu treffen, die diesen Gewaltkreislauf durchbrechen.

Wissenschaftlichen Studien zufolge erfährt hierzulande jede vierte Frau in ihrem Leben zumindest einmal von einem Lebenspartner körperliche und/oder sexuelle Gewalt. So ergaben offenbar repräsentative Befragungen. Etwa zehn Prozent der Frauen erleben demnach schwerwiegende und wiederholte Gewalt in Beziehungen. Etwa 45.000 Frauen mit ihren Kindern fliehen jährlich in ein Frauenhaus.

Trotz der verstärkten Sensibilisierung der Bevölkerung für dieses Thema in den vergangenen Jahren und auch durch die stärkere Medienberichterstattung nehmen nach Einschätzung der Gewerkschaft der Polizei



**Trainingsstunde 2009: Polizisten simulieren in der sogenannten Tatortwelt im Bereich „Häusliche Gewalt“ der Thüringer Polizei in Meiningen einen Einsatz.**

**Foto: Jens-Ulrich Koch/ddp**

(GdP) viele Betroffene noch immer die Hilfsangebote öffentlicher Institutionen aus Scham oder Angst nicht wahr – mit extremen Folgen insbesondere für Kinder, die Gewalt entweder selbst erfahren oder durch das miterlebte Leid von Familienangehörigen seelischen Schaden nehmen. Die verstärkte Vernetzung von staatlichen Stellen wie Justiz, Kommune und Polizei mit öffentlichen und privaten Institutionen, Einrichtungen und Zusammenschlüssen (zum Beispiel Frauenhäusern, Frauennotrufen, Interventionsstellen und Fachberatungsstellen) hilft, den Betroffenen Möglichkeiten aufzuzeigen und gibt ihnen die Chance, sich aus dem Einflussbereich der Gewaltausübenden zu befreien.

**Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen –  
Kostenlose Rufnummer: 08000 116 016**



Nach Einschätzungen der Polizei muss im Bereich „Häusliche Gewalt“ von einem großen Dunkelfeld ausgegangen werden. Bundesweite Zahlen liegen nicht vor, zahlreiche Landeskriminalämter führen lediglich eigene Statistiken zu diesem Deliktbereich, um Entwicklungen erkennen zu können.

### Gute Rechtslage

Der 2012 vorgelegte Bericht der Bundesregierung zur Situation der Frauenhäuser, der Fachberatungsstellen und weiterer Unterstützungsangebote für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder, mit dem erstmals eine bundesweite Bestandsaufnahme des gesamten Hilfesystems vorliegt, zeigt: Es gibt mehr als 350 Frauenhäuser und über 40 Schutzwohnungen mit mehr als 6.800 Plätzen, die jährlich rund 15.000 bis 17.000 Frauen mit ihren Kindern (das heißt insgesamt 30.000 bis 34.000 Frauen und Kindern) Schutz und Beratung bieten. Hinzu kommen über 750 Fachberatungsstellen bei Gewalt gegen Frauen und zirka 80



**Dr. Birgit Schweikert,  
Leiterin des Referats Schutz von Frauen vor Gewalt im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**  
Foto: BMFSFJ

bis 100 Angebote für Täter häuslicher Gewalt, die häufig eng mit Frauenunterstützungseinrichtungen zusammenarbeiten.

„Wir haben im weltweiten Vergleich eine gute Rechtslage. Mit dem sogenannten Gewaltschutzgesetz, das einen gesetzgeberischen Meilenstein im Zivilrechtsschutz für Gewaltop-



## HÄUSLICHE GEWALT



*In Rostock wurden in einer spektakulären Aktion im November 2010 794 Kerzen entzündet für die Frauen, die Schutz und Hilfe im Frauenhaus, in der Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt oder in der Fachberatungsstelle gegen sexualisierte Gewalt gesucht haben.*

*Foto: Bernd Wüstneck/dpa*

fer darstellt, mit den Änderungen in den Polizeigesetzen der Länder zur polizeilichen Wegweisung, mit den Straftatbeständen im Strafgesetzbuch sind wesentliche rechtliche Verbesserungen vorgenommen worden“, erklärte die Leiterin des Referats Schutz von Frauen vor Gewalt im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Dr. Birgit Schweikert. „Zugleich haben wir mit dem Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, das Deutschland schon gezeichnet hat und noch ratifizieren wird, erstmals für den europäischen Raum eine rechtlich verbindliche Grundlage und ein Instrument, mit dem in den Mitgliedsländern des Europarates weitere rechtliche und gesellschaftliche Fortschritte in der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zu erreichen sind.“



*Foto: Zielasko*

### GdP-Positionen klar umrissen

Die GdP-Bundesfrauengruppe hat sich dem Phänomen der häuslichen Gewalt gestellt. Seit dem Jahr 2000 gibt es eine eigene Arbeitsgruppe, um dieses Thema sowohl innerhalb der Polizei als auch gesellschaftspolitisch aufzugreifen und an Verbesserungen für die von Gewalt Betroffenen mit-

zuarbeiten. Jetzt legten die Gewerkschafterinnen zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November auf einer Pressekonferenz in Berlin ein GdP-Positionspapier „Häusliche Gewalt“ vor. Das Papier wendet sich sowohl an politisch Verantwortliche mit dem Fokus auf Kontinuität und gegebenenfalls Verbesserung der Hilfsangebote als auch an die polizeiliche Führung im Hinblick auf die mit diesem Aufgabenbereich betrauten Polizeibeamtinnen und -beamten.

Die in den Ländern unterschiedlich abgefassten Handlungsanweisungen bei häuslicher Gewalt stellen die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen oftmals vor die schwierige und komplexe Aufgabe, eine Gefährdungseinschätzung treffen zu müssen, um daraus resultierende Maßnahmen anzuordnen, die einen optimalen Schutz der Opfer gewährleisten, wie das Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes Elke Gündner-Ede betonte. „Allein in ihr Ermessen ist dann gestellt, wie weitreichend eine Maßnahme sich gegen den Täter oder die Täterin auswirkt. Fehleinschätzungen können fatale Folgen mit sich bringen und belasten daher die zuständigen Beamtinnen und Beamten in besonderer Weise.“





Elke Gündner-Ede, Mitglied des  
Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes  
Foto: GdP/Immel

### Gewalt gegen Frauen eine Menschenrechtsverletzung

Fest steht: „Die Menschenrechte von Frauen und Mädchen sind unveräußerlicher, integraler und unteilbarer Bestandteil der universellen Menschenrechte. Gewalt aufgrund des Geschlechts ist unvereinbar mit der Würde und dem Wert des Menschen und muss eliminiert werden.“ So formulierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf der Weltkonferenz über Menschenrechte 1993 in Wien ihre Forderung. „Allein die Tatsache, dass Gewalt gegen Frauen eine Menschenrechtsverletzung ist, verhindert keine Tat, gibt ihr aber ein anderes Gewicht. Der Staat ist für den Schutz verantwortlich. Ob er diese Verantwortung tatsächlich wahrnimmt, hängt wie bei allen UN-Abkommen von der nationalen Umsetzung ab“, wird eingangs in dem GdP-Positionspapier festgestellt:

In Deutschland haben rund 25 Prozent der Frauen im Alter von 16 bis 85 Jahren Gewalt in der Beziehung erlebt. Differenziert nach der Schwere

der Gewalt haben zwei Drittel der von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen schwere bis sehr schwere körperliche und/oder sexuelle Gewalt erlitten und ein Drittel leichte bis mäßig schwere körperliche Gewalt. Dies ist das Ergebnis der im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführten und in 2004 veröffentlichten repräsentativen Studie ‚Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland‘. Häusliche Gewalt ist gemäß einer vom Europarat zitierten Statistik die Hauptursache für den Tod oder die Gesundheitsschädigung bei Frauen zwischen 16 und 44 Jahren und rangiert damit noch vor Krebs oder Verkehrsunfällen, heißt es weiter.

2011 hat das Ministerkomitee des Europarats in Istanbul die europäische „Konvention über die Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ unterzeichnet. Mit dieser Konvention entstand auf europäischer Ebene zum ersten Mal ein Menschenrechtsvertrag, der die Staaten zu umfassenden und koordinierten Maßnahmen in der Prävention, bei Schutz- und Unterstützungsangeboten sowie im Straf-, Zivil- und Ausländerrecht verpflichtet. Die Bundesregierung war nicht nur am Entstehungsprozess maßgeblich beteiligt, sondern hat durch die rasche Zeichnung der Konvention auch die Bedeutung, die Deutschland dem Schutz von Frauen vor Gewalt sowohl im Frieden als auch in bewaffneten Konflikten beimisst, untermauert.

In der Bundesrepublik bekannte sich der Gesetzgeber im Jahr 2002 mit der Einführung des Gewaltschutzgesetzes besonders zur wirksamen Bekämpfung der häuslichen Gewalt. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden die grundgesetzlich geschützten Werte wie die Ehe und Familie sowie die Unverletzlichkeit der Wohnung als „eher unantastbare, schützenswerte Privatsphäre“ angesehen, aus der „sich der Staat möglichst herauszuhalten hatte“. Und das, obwohl staatliche Stellen unstrittig Erkenntnisse hatten, dass es gerade in engen sozialen Beziehungen häufig zu Straftaten mit massiven körperlichen und seelischen Verletzungen kam. Vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den zuständigen Ämtern war durch ihre Arbeit längst bekannt, dass Kinder am häufigsten durch ihre eigenen Eltern, Frauen in hohem Maße durch ihren Partner beziehungsweise Ex-Partner misshandelt und im

schlimmsten Fall getötet wurden. Die grundsätzlich staatlich gewollte Tabuisierung des familiären Bereiches führte – quasi wider besseres Wissen – dazu, dass insbesondere Frauen und Kinder im sozialen Nahraum, den schlimmsten Gewaltübergriffen ausgesetzt waren. Allein auf sich gestellt waren meistens sie es, die den gewohnten Lebensbereich verlassen mussten, wenn sie sich aus dem gewalttätigen Umfeld befreien wollten.

Aber auch die Tatsache, dass es, wenn auch deutlich seltener, zu Gewalt gegenüber Männern kommt und auch gleichgeschlechtliche Beziehungen Konfliktpotenziale vorhalten, die zu Gewalthandlungen führen, darf nicht außer Acht gelassen werden. Eine klassische Rollenverteilung „Mann schlägt“ und Frau beziehungsweise



Dagmar Hölzl,  
GdP-Bundesfrauenvorsitzende

Foto: GdP

Kinder sind Opfer ist nach Einschätzung der GdP in ihrer Absolutheit falsch. Wer gegen häusliche Gewalt präventiv vorgehen möchte, müsse sich mit den Ursachen von Gewalt in sozialen Nahbeziehungen auseinandersetzen und könne dabei nicht übersehen, dass auch gleichgeschlechtliche Beziehungen Orte von Gewalt sein können.

### Betroffene brauchen Schutz und Beratung

„In den Fällen häuslicher Gewalt ist es vielen Betroffenen aus unterschiedlichen Gründen, insbesondere auch aufgrund der emotionalen Bin-

Hilfe bei häuslicher  
Gewalt in neun  
Sprachen – BIG e. V.  
(Berlin)



## HÄUSLICHE GEWALT

„Trotz schwerer möglicher, sich aus eigener Kraft aus einer Gewaltbeziehung zu lösen. In vielen Fällen handelt es sich deshalb erfahrungsgemäß nicht um ein einmaliges Übergreifen, sondern um wiederkehrende, oft an Intensität zunehmende Gewaltdelikte.“ Trotz schlimmster Folgen schafften es erwiesenermaßen die Betroffenen häufig nicht, den Kreislauf von Demütigung, Versöhnung und Gewalt allein zu durchbrechen. Dies hat gravierende persönliche, aber auch gesellschaftliche Auswirkungen. Deshalb benötigen diese Menschen Hilfe in Form von Schutz und Beratung, aber auch konsequentes staatliches Handeln, um den

häuslicher Gewalt unabhängig von der Strafantragsstellung des Opfers staatlicherseits erfolgt. Bei den Amtsgerichten wurden Vorkehrungen getroffen, dass Anträge nach dem Gewaltschutzgesetz innerhalb kürzester Zeit durch einen Richter entschieden werden.

Zunehmend, aber leider noch nicht flächendeckend, wurden Beratungsstellen für Opfer häuslicher Gewalt eingerichtet, die umfassende proaktive Hilfe anbieten.

Bei der Bekämpfung der häuslichen Gewalt musste die zentrale Schlüsselfunktion der Polizei zukommen, da nur sie sowohl gefahrenabwehrend als auch strafverfolgend tätig werden

taten nur auf Antrag verfolgt werden durften, und diese Strafanträge wurden häufig nicht gestellt, erhielt die Polizei zusätzliche Rechtsgrundlagen, um Einschreiten zu können.

### Zusätzliche Aufgaben und Belastungen

Hierdurch haben sich für die Polizei neue, äußerst arbeitsintensive, sensible und extrem verantwortungsvolle Aufgabenstellungen ergeben, die enorme Anforderungen an die eingesetzten Beamtinnen und Beamten stellen. „Durch das neue Aufgabensfeld entstehen zusätzliche Anforderungen und Belastungsfaktoren, die in diesem Zusammenhang beleuchtet werden müssen:

#### 1. Aufgabenzuwachs

Im Bereich der Strafverfolgung wurde bis 2002 unter dem Aspekt der Privatsphäre die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens in vielen Fällen vom ausdrücklichen Willen des Opfers (Strafantrag) abhängig gemacht. Indes darf nicht übersehen werden, dass auch in den Jahren davor die Polizei verpflichtet war, von Amts wegen Anzeigen zu fertigen, sofern sie bei ihrem Einschreiten zum Beispiel Verletzungen bei einem Opfer von häuslicher Gewalt offenkundig feststellten. In nicht wenigen Bundesländern schritt die Polizei auch unabhängig von dem zu diesem Zeitpunkt noch nicht existierenden Gewaltschutzgesetz zum Schutz von Opfern von häuslicher Gewalt ein.



Foto: dpa

Gewaltkreislauf zu durchbrechen“, so das GdP-Positionspapier.

Mit der Einführung des Gewaltschutzgesetzes hat der Gesetzgeber bewusst diesen Paradigmenwechsel eingeleitet. Daran anknüpfend haben bundesweit die Justiz-, Sozial- und Innenministerien der Länder seit 2002 durch gemeinsame Aktionspläne vielfältige und effektive Voraussetzungen geschaffen, um ein Umdenken in der Gesellschaft voranzutreiben und echte Hilfestellung und praktische Lösungen anzubieten. So wurden beispielsweise Sonderdezernate bei den Staatsanwaltschaften eingerichtet und festgelegt, dass die Strafverfolgung in Fällen

kann. Bundesweit wurde festgelegt, dass bei Kenntniserlangung von häuslicher Gewalt in jedem Falle und niederschwellig eingeschritten werden muss.

Aus diesem Grund wurden in den Ländern Regelungen getroffen, nach denen Polizeibeamtinnen und -beamte im Sinne des nachhaltigen Paradigmenwechsels verpflichtet wurden, in jedem Falle Gewaltsituationen unmittelbar zu beenden, Strafverfolgung zu initiieren, Beratungshilfe auszulösen und Schutz zu bieten. Damit wurde das bereits vorhandene und auch umgesetzte Legalitätsprinzip gestärkt. Insbesondere dort, wo vorher Straf-

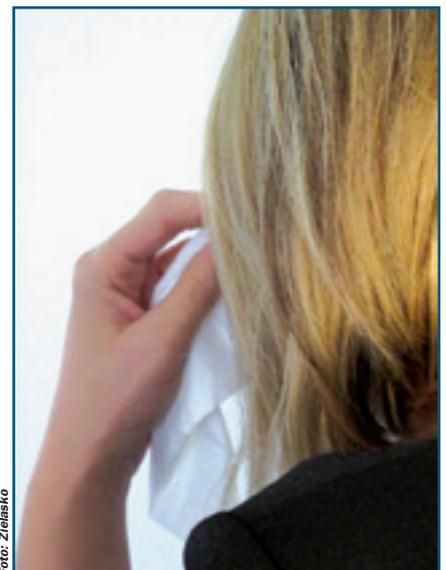


Foto: Zieltesko



# HÄUSLICHE GEWALT

Mit der Einführung des Gewaltschutzgesetzes wurde die Strafverfolgung von Amts wegen festgeschrieben, sodass Polizeibeamtinnen und -beamten in jedem Einsatzfall die Einleitung eines Strafverfahrens prüfen müssen. Dies führte bundesweit in den Folgejahren zu enormen Zuwächsen von Straftaten im Beziehungskontext, die von der Polizei zu bearbeiten waren.

Die gleiche Entwicklung ergab sich im Bereich der Gefahrenabwehr, da in jedem Fall der Kenntniserlangung von häuslicher Gewalt das Schutzbedürfnis von Menschen durch die Polizei nunmehr zu prüfen war. Bei Hinweisen auf Gefährdungssituationen haben Polizisten und Polizistinnen seit 2002 umfangreiche Maßnahmen – auch gegen oder ohne den Willen eines Betroffenen – zu treffen. Allerdings gilt auch im Bereich der Gefahrenabwehr, dass die Polizei vor 2002 nicht untätig war. So bestand auch vor diesem Jahr die Rechtsgrundlage, Personen in Gewahrsam zu nehmen oder Platzverweise auszusprechen, sofern erkennbar war, dass eine erhebliche Gefahr der Fortsetzung von Straftaten zum Nachteil von Familienmitgliedern bestand. In entsprechenden offenkundigen Gefahrsituationen war es deshalb auch möglich und wurde selbstverständlich auch praktiziert, in Wohnungen einzudringen, zum Beispiel, wenn Hilferufe oder schreiende Opfer zu hören waren.

Trotzdem ist und bleibt es richtig, dass das Gewaltschutzgesetz polizeiliches Einschreiten erleichtert hat, weil die Rechtsgrundlagen differenziert sind und in einem Gesetz zusammengefasst wurden. Der polizeiliche Opferschutz konnte deshalb entscheidend verbessert werden.

## 2. Hoher Arbeitsaufwand

Im Laufe der Jahre sind in den Ländern aufgrund der gesammelten Erfahrungen bei Einsatzanlässen häuslicher Gewalt dezidierte Handlungsanweisungen durch die Innenministerien erlassen worden. Demnach haben die Polizeibeamtinnen und -beamten im Einschreitfall klare Vorgaben, die mit hohem Arbeitsaufwand verbunden sind.

**Der Verein Frauenhauskoordinierung e. V. bietet auf seiner Homepage die Suche nach Frauenhäusern an.**



### Diese sind in der Regel:

- Bei Kenntniserlangung von häuslicher Gewalt – unverzügliches Aufsuchen und Einschreiten.
- Gewaltsituation/Gefahrsituation beenden.
- Trennen von Opfer und Täter.
- Feststellung von Verletzungen/Schäden jeglicher Art.
- Prüfung und gegebenenfalls Einleitung eines Strafverfahrens; hierzu umfangreiche Aufnahme des objektiven und subjektiven Befundes.
- Fotografische Sicherung.
- Opfer: Gefährdetenansprache mit Beratung über Schutzmöglichkeiten, Verhaltenshinweisen, Hinweis auf Beratungs-/Interventionsstellen, rechtliche Möglichkeiten nach dem Gewaltschutzgesetz; wie Beantragung einstweiliger Verfügungen bei Gericht.
- Prüfung, Platzverweis – niederschwellig: „wer schlägt muss gehen“.
- Täter: Gefährderansprache – Verhaltenshinweise und Aufzeigen der Konsequenzen bei Verstößen.
- Bei flüchtigem Täter – gegebenenfalls Einleiten von Suchmaßnahmen.
- Prüfung zusätzlicher Schutzmaßnahmen.
- Schnellstmögliche, umfangreiche Dokumentation für das Strafverfahren und des polizeilichen Handelns.
- Unverzügliche Einschaltung der Beratungsstellen.
- Überprüfung Platzverweis durch Aufsuchen der Wohnung.
- Umfangreiche Ermittlungshandlungen für das Strafverfahren, unter anderem ausführliche Vernehmung Täter und Opfer.
- Einleitung weiterer Gefahrenabwehrmaßnahmen bei andauernder Gefährdungssituation.

Der dargestellte Arbeits- und Zeitaufwand der Bearbeitung eines Falles häuslicher Gewalt ist aus heutiger Sicht sachlich und gesellschaftspolitisch notwendig, erfordert aber einen deutlich gestiegenen Personaleinsatz.

## 3. Verantwortungsdruck

Insbesondere im Bereich der Gefahrenabwehr tragen die eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten ein hohes Maß an Verantwortung, weil sie die Gefahrsituation möglichst fehlerfrei einschätzen müssen. Heute besteht die Erwartungshaltung in der Öffentlichkeit, aber auch seitens der Polizeiführung, dass jegliche Gewalt-

teskalation durch die Beamtinnen und Beamten verhindert wird. Dies bedeutet, dass jeder in jedem Falle sofort bewerten muss, ob und in welcher Qualität durch den Täter ein Gefährdungsrisiko besteht.

Mit teilweise erheblichem Medienecho sind in den zurückliegenden Jahren im Bundesgebiet mehrere Tötungsdelikte durch den Partner oder Ex-Partner beziehungsweise Familienangehörigen nach Einsätzen häuslicher Gewalt begleitet worden. Einigen eingesetzten Beamtinnen und

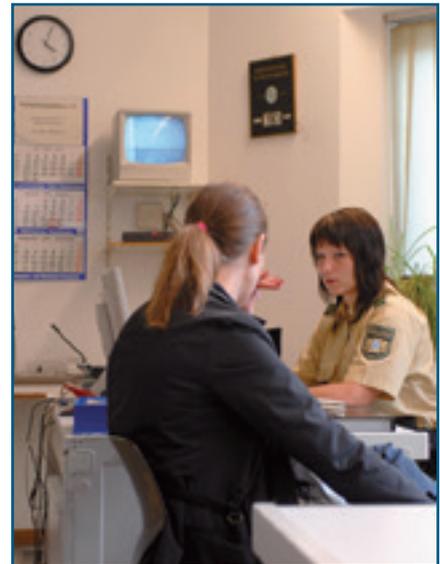


Foto: Rumpf/dpa

Beamten ist dabei sowohl durch die Medien, durch vorgesetzte Dienststellen als auch durch die Staatsanwaltschaft der Vorwurf des fehlerhaften Einschreitens gemacht worden – mit entsprechend angedrohten Konsequenzen.

Vor diesem Hintergrund besteht für die Polizistinnen und Polizisten im Einsatz häuslicher Gewalt ein enorm hoher Verantwortungsdruck, der auch dadurch noch erhöht wird, dass in der Ermessensabwägung auch ein Überziehen der Maßnahmen falsch ist und zu negativen Konsequenzen führen kann.

## 4. Besondere psychische Belastungen und Gefahren

Bei der Bearbeitung von Fällen häuslicher Gewalt sind die Polizeibeamten aus mehreren Gründen besonderen psychischen Belastungen ausgesetzt. Es handelt sich immer um einen Einsatz in Ausnahmesituationen, der gekennzeichnet ist durch traumatisier-



te, stark verängstigte Opfer, nicht selten mit mindestens ebenso emotional betroffenen Kindern. Sie treffen in der Regel auf ein hohes Aggressionspotenzial, erleben allerdings gleichwohl, dass einige Opfer diese schützende staatliche Intervention (noch) nicht annehmen. Gerade in diesen Fällen mit ambivalenten Opfern stoßen die Beamten häufiger auf beratungsresistente Opfer, die sich teilweise sogar mit dem Gewalttäter solidarisieren. Hier die notwendigen gefahrenabwehrenden Maßnahmen festzulegen und trotzdem durchzusetzen, stellt eine doppelte Herausforderung dar.

Weiterhin ist erwiesen, dass es bei Einsätzen häuslicher Gewalt aufgrund des vorherrschenden Aggressionspotenzials eine erhöhte Gefahr von körperlichen Übergriffen für die Beamten gibt. Eigensicherungsgrundsätze müssen aufgrund der Aufgabenerledigung vernachlässigt werden, indem die Beamten beispielsweise einzeln agieren müssen.

Größte Herausforderung und damit auch größter psychischer Belastungsfaktor für die Beamten ist die häufig erwartete möglichst umfassende und dann zu treffende Gefahrenprognose im Hinblick auf eine zukünftige Gewalteskalation. Innerhalb kürzester Zeit ist ein individuelles Maßnahmenkonzept festzulegen, dass allen Anforderungen an Schutz des Opfers bei gleichzeitiger Wahrung der Verhältnismäßigkeit der Mittel, aber auch immer mit Blick auf die Personalressourcen und sonstige Aufgabenerledigung gerecht wird.

## 5. „Unsichtbarkeit“ des Erfolges

Hat das polizeiliche Einschreiten durch konsequentes, rechtlich und psychologisch einwandfreies Auftreten dazu geführt, dass die Gewaltsituation wirksam beendet wurde, ist der Erfolg dieser Maßnahme weder für die eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten noch für die Führungskräfte konkret wahrnehmbar, da der erfolgreiche Einsatz dazu führt, dass es zu keinen weiteren Gewalteskalationen kommt. Nur der Misserfolg, im schlimmsten

Fall erneute Gewalttaten bis hin zum Tötungsdelikt, werden sichtbar.

Infolgedessen besteht die Gefahr, dass diese Arbeit trotz hoher Komplexität und Herausforderung, keine angemessene Wertschätzung erfährt. Lob und Anerkennung, auch im Kollegenkreis, gibt es, weil sichtbar, beispielsweise für Festnahme eines Täters, Feststellung von Trunkenheitsfahrten oder Sicherstellung von Betäubungsmitteln.

Erfährt das Aufgabenfeld „Häusliche Gewalt“ nicht die angemessene dienstliche Wahrnehmung führt dieses zwangsläufig zu Frustration. Die logische Folge ist, dass es zu Abwanderungen aus dem Arbeitsgebiet kommt.

## Forderungen:

### 1. Fortführung

Die gesellschaftliche Ächtung und die rechtliche Bekämpfung von häuslicher Gewalt sind und bleiben richtig und wichtig. Nach zehn Jahren Erfahrung mit der neuen Vorgehensweise gegen häusliche Gewalt steht der individuelle und gesellschaftliche Nutzen unstrittig fest. Politik und Verantwortliche sind aufgefordert, die Weiterführung zu gewährleisten und die nötigen Mittel dafür bereitzustellen.

### 2. Beibehaltung vernetzter Vorgehensweise

Die ursprüngliche Annahme, dass häusliche Gewalt nur durch die Zusammenarbeit der Institutionen wirksam bekämpft werden kann, hat sich vollumfänglich bestätigt. Garanten der Netzwerkarbeit sind die bundesweit initiierten, regionalen „Runden Tische“ beziehungsweise ähnliche Einrichtungen. Unabdingbar wichtig ist, dass auch zukünftig jede einzelne Institution in ihrer Funktionalität vollumfänglich leistungsfähig ist. Hierfür ist es erforderlich, die Finanzierung dieser Institutionen dauerhaft sicherzustellen. Insbesondere die Schutzfunktion von Frauenhäusern und die Leistungsfähigkeit der Beratungsstellen für Opfer häuslicher Gewalt sind zu gewährleisten.

### Die Gewerkschaft der Polizei tritt für folgende Grundsätze ein:

- Alle Opfer von häuslicher Gewalt haben einen Rechtsanspruch auf sofortigen Schutz und Hilfe bei Gewalt (geschützte Unterkünfte, Beratung

und Unterstützung).

- Der Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe ist unabhängig von Einkommen, Aufenthaltstitel, Herkunftsort, gesundheitlicher Einschränkung oder Behinderung der betroffenen Opfer zu gestalten.
- Es ist ein breitgefächertes, bedarfsgerechtes Unterstützungssystem vorzuhalten, welches dem Unterstützungsbedarf der Opfer von häuslicher Gewalt entspricht.
- Es sind verbindliche Regelungen zu schaffen, die sicherstellen, dass derartige Unterstützungseinrichtungen vorgehalten werden müssen. Eine eigenständige bundesgesetzliche Regelung, die Mindeststandards vorschreibt, ist notwendig.
- Der Lebensunterhalt für von Gewalt betroffene Menschen, die vom Leistungsbezug nach dem SGB II (Sozialgesetzbuch) und dem SGB XII ausgeschlossen sind, ist für die Zeit des Aufenthaltes in einer Schutzeinrichtung sicherzustellen.

### 3. Einheitliche Definition/Standards

In den Bundesländern bestehen verschiedene Definitionen häuslicher Gewalt. In den meisten Fällen unterscheiden sie sich dadurch, ob nur der stark begrenzte Bereich „Partnergewalt“ gesehen wird oder ob auch „Familiengewalt“, das heißt auch Gewalt zwischen Eltern und Kindern, impliziert ist. Deshalb ist ein aussagekräftiger Vergleich der Zahlen zwischen den Bundesländern nicht oder nur begrenzt möglich. Wegen der unter dem Oberbegriff „Häusliche Gewalt“ subsumierten Delikte ist das Erheben der Fallzahlen schwierig und uneinheitlich geregelt. Diese erhobenen Daten sind Hinweise für die Präventionsarbeit in diesem Phänomenbereich.

Deshalb ist es erforderlich,

- dass sich die Bundesländer auf eine einheitliche Definition des Phänomens „Häusliche Gewalt“ einigen,
- dass daraus folgernd einheitliche Parameter zur Verfügung gestellt werden, die das Erheben der Zahlen erleichtern,
- nicht nur Fallzahlen sollten erhoben werden, sondern insbesondere Daten, die Rückschlüsse auf Besonderheiten zulassen, zum Beispiel Täter-Opfer-Beziehung, Tatausführung unter Alkohol oder Drogen sowie Alter von Täter und Opfer. Damit können Rückschlüsse auf Veränderungen getroffen werden.

**Männerbüro Hannover: Das Beratungsangebot richtet sich an Männer, die im häuslichen Kontext Opfer von Gewalt-handlungen wurden.**



# COP® Specials November / Dezember 2013

\*\*Gültig vom 20. Oktober bis 31. Dezember 2013

**1 Taschenleuchte Quiqlite X LED Akku/USB**  
Art.-Nr. QL-XRW  
Länge: 8 cm; Breite: 2,3 cm  
Gewicht: 42 g. Wieder aufladbare Version der Quiqlite Pro! Ladezeit: 2 Stunden, inkl. USB-Ladekabel. Eine rote und eine weiße Hochleistungs-LED-Diode. Um 360° drehbare Halteklammer und ein um 180° ausschwenkbarer Lichtarm.

**Aktionspreis: € 39,90**  
statt 59,99

**6 Armbanduhr traser® H3 P6600 Extreme Sport Pro**  
Art.-Nr. 560P6600SPS  
Farbe: schwarz; Ø 45mm; Stärke: 12mm; Gewicht: 120 g mit Armband. Doppelgehäuse: Aussengehäuse: Stahl mattiert, Innengehäuse: Stahlcontainer poliert. Mit selbstleuchtenden trilight®-Einlagen. Saphirglas und Silikonband. Wasserdichtigkeit: 300m/30 bar

**Aktionspreis: € 249,90**  
statt 299,99

**1 Taschenlampe COP® 8503N2 LED**  
Art.-Nr. 18503N2  
Länge: 12,9 cm  
Durchmesser: 2,7 cm Körper, 3 cm Kopf  
Gewicht mit Batterien: 127 g  
Leistung: 230 Lumen  
Leuchtdauer: 3 Stunden  
Inkl. 3 AAA-Batterien  
Lebensdauer der LED: 100 000 h  
Mit Cree® XP-G LED Leuchtmittel.

**Aktionspreis: € 29,90**  
statt 59,99

**LED 230 Lumen**  
Sehr handliche und leichte LED-Lampe mit perfekter Lichtausbeute im Verhältnis zu Größe u. Gewicht!

**12 Kugelschreiber COP® SPEN Mk. III**  
Art.-Nr. C-SPEN3-S  
Farbe: schwarz; Material: Aluminium; Länge: 16 cm  
Taktischer Kugelschreiber mit Glasbrecher am Ende der Kappe und abschraubbaren Handfesselschlüssel passend für alle US-Handfesseln mit dem Standard-Handfesselschlüssel, sowie diverse Clejuso und Alcyon Modelle, u. a. HIATTS/SAFARILAND Handfesseln, S&W 100, 300, Clejuso Modelle - 19R, 12A, 12.

**Aktionspreis: € 19,90**  
statt 29,99

**7 LACO® Fliegeruhr GENF**  
Art.-Nr. LA-861808  
Farbe: schwarzes Zifferblatt, schwarzes Gehäuse und schwarzes Silikonband  
Gehäusedurchmesser: 42 mm, Gehäusehöhe: 12,8 mm; Gewicht: 76 g  
Armbanduhr mit Quarz-Uhrwerk mit Datums-, und Tagesanzeige. Gehäuse: Edelstahl satiniert mit schwarzer PVD Beschichtung, Mineralglas, Boden aus Edelstahl. Wasserdicht bis 5 bar / 5 atm. Nähere Infos siehe Internet

**Aktionspreis: € 199,90**  
statt 299,99

**2 Einsatzstiefel adidas® GSG.9.2**  
Art.-Nr. 85807295-Größe UK  
Farbe: schwarz  
Größen: (EU 36 - 50), UK 3,5 - 14  
Verfügbar in 1/2 Größen  
Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 724 g

**Aktionspreis: € 139,90**  
statt 184,99

Zertifiziert als Berufsschuh gem. EN347/02

**13 Polizeiausrüstungstasche COP® 904**  
Art.-Nr. 904 BAG-2  
Volumen: 35 l; Farbe: schwarz; Material: 100% Polyester  
Außenmaße: 46 x 24 x 32 cm (L x B x H); Innenmaße: 42 x 20 x 30 cm (L x B x H). Die Befestigungsmöglichkeit für Aufschriften ist vorbereitet. Reißfestes, hochwertiges Polyester.

**Aktionspreis: € 45,90**  
statt 64,99

**8 LACO® Fliegeruhr ZÜRICH**  
Art.-Nr. LA-861809  
Farbe: schwarzes Zifferblatt, schwarzes Gehäuse und schwarzes Silikonband  
Gehäusedurchmesser 42 mm, Gehäusehöhe: 12,8 mm; Gewicht: 76 g  
Fliegeruhr mit Datums- und Tagesanzeige mit Minute Zifferblatt: Die Minuten und Sekunden werden im äußeren Teil des Zifferblattes in Fünfer-Schritten angezeigt. Gehäuse: Edelstahl satiniert mit schwarzer PVD Beschichtung, Mineralglas, Boden aus Edelstahl. Wasserdicht bis 5 bar / 5 atm. Nähere Infos siehe Internet

**Aktionspreis: € 199,90**  
statt 299,99

**3 Einsatzhandschuh COP® CR214**  
Art.-Nr. 320214-Größe  
Größen: XS - XXL, Farbe: schwarz  
Handinnenseite aus weichem, strapazierfähigem Ziegenleder. Schnittschutzfutter aus Kevlar® im Bereich der Hand- und Fingerinnenseiten. Prüfung nach EN388 am 14.01.2009 durch Institute für Testing and Certification, Tschechische Republik.

**Aktionspreis: € 29,90**  
statt 39,99

EN 388  
2 2 3 2  
Abriebfestigkeit: Kategorie 2  
Schnittfestigkeit: Kategorie 2  
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 3  
Durchstichfestigkeit: Kategorie 2

**14 Trekkingsocke COP® 7020**  
Art.-Nr. 7020-Größe  
Größen: 35 - 38, 39 - 42, 43 - 46, 46 - 48;  
Farbe: schwarz; Material: 49% Polyamid, 48% Polypropylen, 3% Elasthan. Spezialsocke für den harten Einsatz und das entscheidende Plus an Komfort. Asymmetrische, verstärkte Spitze für angenehme Passform und lange Lebensdauer.

**Aktionspreis: € 4,90**  
statt 7,99

**9 Tactical Stehkragen T-Shirt Under Armour® ColdGear**  
Art.-Nr. UA10055125-Größe (schwarz)  
Art.-Nr. UA10055120-Größe (olivgrün)  
Farben: schwarz und olivgrün; Größen schwarz: S, L - 3XL; Größen olivgrün: S, XL - 3XL  
Material: 63% Nylon, 25% Polyester, 12% Elasthan. Langärmeliges, hochfunktionelles Kompressionsshirt mit ColdGear® Technologie, das den Körper in kalten Tagen warm und trocken hält.

**Aktionspreis: € 49,90**  
statt 64,99

**coldgear®**  
FÜR KALTE TAGE  
Hält warm und trocken

**4 Under Armour® Handschuh Fleece Glove ColdGear®**  
Art.-Nr. UA12345905-Größe  
Zwei Größen: S/M und L/XL; Farbe: schwarz  
Material: 50% Nylon, 30% Polyester, 10% Elasthan, 10% Polychloropren  
Komfortabler, elastischer und eng anliegender Fleece-Handschuh mit verlängertem Bündchen um den Puls zu wärmen. Hohe Atmungsaktivität und Feuchtigkeitstransport. So bleibt die Hand länger trocken und warm.

**Aktionspreis: € 25,90**  
statt 34,99

**coldgear®**  
FÜR KALTE TAGE  
Hält warm und trocken

**10 Under Armour® Tactical HeatGear® Basecap**  
Art.-Nr. UA1227549-0 (olivgrün)  
Art.-Nr. UA1227549-B (beige)  
Art.-Nr. UA1227549-S (schwarz)  
Farben: schwarz, beige und olivgrün  
Größe: Einheitsgröße  
Material: 100% Polyester  
Kappe aus hochwertigem Material mit elastischem Mützenband für die Größenanpassung. An der Rückseite geschlossen, mit integriertem Schweißband aus Under Armour HeatGear® Material.

**Aktionspreis: € 19,90**  
statt 29,99

**heatgear®**  
FÜR HEISSE TAGE  
Hält kühl und trocken

**5 Under Armour® Tactical Beanie-Mütze ColdGear®**  
Art.-Nr. UA1219735-0 (olivgrün)  
Art.-Nr. UA1219735-N (navy)  
Art.-Nr. UA1219735-S (schwarz)  
Farben: schwarz, olivgrün und navy  
Größen: Einheitsgröße; Material: 100% Polyester. Isolierte, leichte Micro Fleece-Mütze. ColdGear® Innenfutter leitet Feuchtigkeit vom Körper. Aufgesticktes Under Armour® Logo vorn.

**Aktionspreis: € 15,90**  
statt 29,99

**coldgear®**  
FÜR KALTE TAGE  
Hält warm und trocken

Für Gesamtübersicht der aktuellen Angebote den QR Code einlesen!



Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- und Sonderposten sowie 11 Wahl Artikeln, Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf [www.cop-shop.de](http://www.cop-shop.de)

Follow us at:  
[www.facebook.com/copgmbh](http://www.facebook.com/copgmbh)  
[www.youtube.com/user/copgmbh](http://www.youtube.com/user/copgmbh)



Versand in Österreich über den Shop in Wien  
[www.cop-shop.at](http://www.cop-shop.at)



### 4. Angemessener Personalansatz

Damit der Verantwortung Rechnung getragen werden kann, ist es erforderlich, den enormen zeitlichen und persönlichen Anforderungen durch einen ausreichenden Personalansatz innerhalb der Dienststellen gerecht zu werden. Für die Bearbeitung von Fällen häuslicher Gewalt muss immer ausreichend Zeit vorhanden sein, sei es beim sogenannten Ersten Angriff oder bei der weiteren Sachbearbeitung. Deshalb sind je nach Größe der Dienststelle und deren Bereich „Sachbearbeiter Häusliche Gewalt“ in ausreichender Anzahl vorzusehen, die insbesondere

- Delikte dieses Phänomenbereichs bearbeiten,
- für Beratungen zur Verfügung stehen,
- als Kontakt für Behörden und anderer in diesem Bereich unterstützenden Institutionen zur Verfügung stehen.

### 5. Aus- und Fortbildung

Nicht nur die Fortbildung ist wichtig, sondern aufgrund der persönlichen Belastung der Sachbearbeiter auch deren Work-Life-Balance.

#### Deshalb sollten im Rahmen der Aus- und Fortbildung

- Seminare und Tagungen angeboten werden, bei denen sich die Sachbearbeiter/innen austauschen und Problemstellungen besprechen können,
- regelmäßige (mindestens jährliche) Supervisionen stattfinden, bei denen der Umgang mit den psychischen Belastungen erlernt werden kann. Diese sollten mehrere Tage umfassen und unter fachkundiger Leitung stattfinden. Die Teilnahme an Supervisionen muss jedoch freiwillig erfolgen.

### 6. Verantwortlichkeit von Führungskräften

Führungskräften obliegt ein hohes Maß an Verantwortung und Fürsorge für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie sollten gerade in Fällen schwerer Gewaltdelikte ein Augenmerk da-

**Die Nummer gegen Kummer für Kinder und Jugendliche – Das Kinder- und Jugendtelefon in Deutschland ist eines der ältesten in der Welt.**



**WAS PASSIERT, WENN ICH IHN ANZEIGE?**

GEMEINSAM FINDEN WIR ANTWORTEN. HILFETELEFON GEWALT GEGEN FRAUEN:

**08000 116 016**

VERTRAULICH • KOSTENFREI • RUND UM DIE UHR [WWW.HILFETELEFON.DE](http://WWW.HILFETELEFON.DE)

Logo: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Bundesamt für Verfassung und Vertragsrecht des Bundes

Logo: HILFE TELEFON GEWALT GEGEN FRAUEN 08000 116 016

rauf legen, den eingesetzten Beamtinnen und Beamten Rückendeckung zu geben. Hierzu sollten Führungskräfte an Schulungen teilnehmen, um ihre Verantwortung und Vorbildfunktion zu stärken. In die Verantwortung von Führungskräften ist es aber auch gelegt, den in diesem Arbeitsgebiet eingesetzten Beamtinnen und Beamten eine ihren komplexen Aufgaben entsprechende dienstliche Wertschätzung entgegenzubringen.

#### Fazit:

Häusliche Gewalt ist immer noch ein gesellschaftliches Problem, das aber in

zunehmendem Maße geächtet wird. Viele Institutionen bieten Opfern Unterstützung an, doch die Polizei ist meist als erste am Einsatzort und somit erster Ansprechpartner. Deshalb ist es besonders wichtig, den in diesem Bereich eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten umfassende Unterstützung zukommen zu lassen.“

Ein ausführlicher Bericht von der Pressekonferenz am 25. November im Bundespresseamt erscheint im Januarheft DEUTSCHE POLIZEI.

wsd



## Jörg Bruchmüller neu im EuroCOP-Vorstand

**Neues Mitglied im Vorstand des Europäischen Polizeigewerkschaftsbundes (EuroCOP): Der Bundesschriftführer der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jörg Bruchmüller, wurde Ende Oktober auf dem Kongress in Prag in den Geschäftsführenden Vorstand der Organisation gewählt. Der 54-Jährige aus Hessen erhielt 90 Prozent der Stimmen. EuroCOP gehören 35 Polizeigewerkschaften aus 27 europäischen Ländern an.**

Bruchmüller, der seit 2004 auch Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Hessen ist, sagte anlässlich seiner Wahl, EuroCOP habe eine gewerkschaftspolitische Aufgabe. „Wir müssen als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa Stellung beziehen. Wenn in Deutschland und anderswo beispielsweise die Zahl der Einbrüche in Häuser und Wohnungen steigt, verschärft sich die Kriminalitätsfurcht. Und wenn dann in den Medien vermeldet wird, dass Einbrecherbanden aus osteuropäischen Staaten angeblich leichtes Spiel hätten, weil die Grenzen zu offen sind, dann ist der europäische Einigungs-

prozess in Gefahr. Meine Antwort ist: Lasst nicht die Schlagbäume runter, sondern stärkt die Kolleginnen und Kollegen in den europäischen Außenstaaten, zahlt ihnen ordentliche Gehälter, stellt genügend Personal ein und stattet sie an den Außengrenzen mit vernünftiger Technik aus.“

EuroCOP repräsentiere mehr Polizisten als jede andere Organisation in Europa, so Bruchmüller. Deshalb halte er es für sehr wichtig, dass die Polizei auch eine starke Stimme in Europas Hauptstadt Brüssel habe.

Der 54-Jährige vertritt künftig die GdP im EuroCOP-Vorstand. Der bis-



Foto: GdP/Immel

herige Vizepräsident der Organisation, Bernhard Witthaut, hat diese Funktion ebenso wie die als GdP-Bundesvorsitzender aufgrund beruflicher Veränderungen abgegeben. Bruchmüller ist seit 1979 Angehöriger der Polizei, hat den Polizeiberuf von der Basis aufgelernt und ist heute Erster Polizeihauptkommissar.

EuroCOP-Präsidentin ist seit November 2011 die schwedische Polizeibeamtin Anna Nellberg. **wsd**

Anzeige

**BANKHAUS  DR. MASEL**

Wir nehmen Ihre Wünsche persönlich.

### Akademiker und Beamte aufgepasst!

Zahlen Sie für Ihr **BEAMTENDARLEHEN** noch in eine teure Lebens- oder Rentenversicherung?

**Jetzt clever umschulden und sparen!**

Entscheiden Sie sich für den **PRIVATKREDIT+**

**Ihre Vorteile:**

- Ratenkredit von 10.000,00 EUR bis 120.000,00 EUR
- Laufzeit 10, 12 oder 15 Jahre
- Niedrige monatliche Rate mit regelmäßiger monatlicher Tilgung
- Sondertilgung jederzeit ohne Vorfälligkeitsentschädigung möglich
- Keine Bearbeitungsgebühr
- Bonitätsunabhängiger gebundener Sollzinssatz für die gesamte Laufzeit
- Das PLUS: Die Bank bezahlt für Sie die Beiträge zur Todesfallabsicherung

**Achtung! Sonderkonditionen!**  
**bis 31.01.2014 gesenkte Zinssätze.**

**Berechnen Sie noch heute kostenlos Ihr persönliches Wunschdarlehen**  
**Konditionen und Darlehensrechner unter**

**www.bankhaus-masel.de** oder Free Call: 0800-3006830



# Lehrer zu verleihen

Frank Scherer hat einst Elektroinstallateur gelernt, später als Inneneinrichter bei großen Bauvorhaben mitgewirkt. Doch irgendwann hatte er genug vom Handwerk: „Ich wollte gern mit Kindern arbeiten, weil man die noch richtig begeistern kann“, so seine Überlegung. Er sattelte um, begann ein Studium für das Grundschullehramt an der Universität Bremen. Am Fachbereich Bildungswissenschaften traf er auf Christoph Fantini. Der Hochschuldozent erzählte ihm von der Initiative „Rent a teacherman“ – zu Deutsch: „Leih dir einen Lehrer!“

Nur 12,6 Prozent der Lehrenden an Grundschulen waren im vergangenen Jahr Männer. In jüngster Zeit haben sich die Zahlen auf niedrigem Niveau eingependelt, vor drei Jahrzehnten lag der Männeranteil bei rund 40 Prozent. Die nur geringe Zahl männlicher Studienanfänger für das Lehramt in der Primarstufe signalisiert keine Trendwende. Allein in Bremen gibt es 15 Grundschulen, an denen kein einziger Mann mehr unterrichtet. So entstand die Idee, Studierende an diese Schulen zu schicken. „Rent a teacherman“ läuft seit Herbst 2011 erfolgreich. Zurzeit sind acht Lehramtsstudenten „ausgeliehen“. Finanziert wird das Projekt über Honorarmittel der Bremer Senatorin für Bildung und Wissenschaft.

## Mehr Männer als Bezugspersonen

Scherer macht zwei bis drei Stunden pro Woche eine Werk-AG an der Grundschule Fährer Flur in Bremen-Vegesack. „Für die Schüler bin ich etwas Besonderes“, berichtet er, „nicht nur für die Jungen, ebenso für die Mädchen“. Vielen Kindern fehle das männliche Vorbild zu Hause. Auch Scherers Kolleginnen wünschen sich mehr Männer als Bezugspersonen. „Wir treffen ständig auf Lehrerinnen und Schulleiterinnen, die begeistert reagieren, wenn wir ihnen nette männliche Studenten vermitteln“, weiß Projektleiter Fantini.

Befürchtungen von Erziehungswissenschaftlerinnen, mit solchen Aktionen würden Rollenklischees bestätigt, können die Praktiker nicht bestätigen. „Ich raufe nicht die ganze Zeit mit den Jungs“, sagt Hauke Heemann. Er hat

**In den Grundschulen fehlen männliche Pädagogen, ihr Anteil ist mittlerweile auf zwölf Prozent gesunken. Mit ungewöhnlichen Mitteln versucht eine Initiative an der Universität Bremen dies zu ändern: Sie vermittelt Lehramtsstudenten an „männerfreie“ Schulen.**



Auf Leihbasis: Mangelware männliche Lehrer an Grundschulen. Foto: Gudrun Petersen/dpa

sich an „Rent a teacherman“ beteiligt, obwohl er eigentlich für das Lehramt am Gymnasium studiert. Männliche Pädagogen machen gar nicht so viel anders, lautet seine Erfahrung an der Grundschule „Im Osterkop“ im Stadtteil Hemelingen: „Sie sind aber wichtige Identifikationsfiguren vor allem für die Jungen.“

Das Bremer Programm sei keine Kritik an den weiblichen Lehrkräften, betont Fantini. Eine nennenswerte Masse von Männern an den Grundschulen bilde einfach ein wichtiges Korrektiv. Nicht weil männliche Lehrer „besser“, sondern weil sie anders sind und die Schulsituation bereichern. Und weil sie helfen, heikle Situationen zu vermeiden: „Beim Sportunterricht muss jetzt nicht mehr die Lehrerin in die Jungsumkleide, das kann ich machen“, erzählt Student Heemann: „So bleibt die Intimsphäre gewahrt.“

Ein anderer „Teacherman“ führte ein Sexualkundeprojekt durch. „Wir haben getrennte Gruppen gebildet, eine Lehrerin übernahm die Mädchen,

ich die Jungen“, berichtet Julian Cirkovic. Der Student war mit seinen Kindern von der Bremer Grundschule Horner Heerstraße auch schon auf Klassenfahrt – und dort keineswegs nur für das typisch „Männliche“ zuständig. „Klar, ich habe ein Fußballturnier organisiert, aber genauso selbstverständlich habe ich abends vor dem Einschlafen ein Buch vorgelesen.“

## Warum so wenig neue Grundschullehrer?

Warum lassen sich so wenig junge Männer als Grundschullehrer ausbilden? Häufig angeführt wird das Einkommen, das um bis zu 700 Euro pro Monat niedriger liegt als an weiterführenden Schulen. Doch am Gehalt allein kann es nicht liegen, immerhin bietet der Beruf eine sichere Perspektive und relativ familienfreundliche Arbeitszeiten. Wichtiger als das Geld, so glauben Experten, sind Identitätsfindungen unter Gleichaltrigen. In manchen Jungencliquen gilt es als uncool, mit Menschen und nicht mit Maschinen zu arbeiten. „Bei vielen ist leider immer noch das Bild vom Singen und Basteln im Kopf“, sagt Hochschullehrer Fantini. Dabei, so ist er überzeugt, werden in der Grundschule die entscheidenden Weichen für den künftigen Bildungserfolg von Jungen und Mädchen gestellt.

Thomas Gesterkamp



# „Das ist kein Kinderkram“

Ein Gespräch mit Projektleiter  
Dr. Christoph Fantini

**Herr Fantini, an einigen Universitäten laufen Projekte, die mehr Männer für das Lehramtsstudium in der Grundschule gewinnen wollen. In Bremen gibt es die Initiative „Leihe dir einen männlichen Lehrer!“ Wie funktioniert das in der Praxis?**

**Fantini:** Bei unseren Vorrecherchen im Rahmen des Projekts „Männer in die Grundschule“ am Fachbereich Erziehungs- und Bildungswissenschaften haben wir festgestellt, dass im Bremer Durchschnitt 1,3 männliche Lehrer pro Grundschule unterrichten. Das verteilt sich aber sehr unterschiedlich. So gibt es Grundschulen mit fünf männlichen Lehrkräften; es gibt aber auch 15 Grundschulen allein in Bremen, wo kein einziger Mann unterrichtet. Je mehr wir da in die Tiefe eingestiegen

sind, desto mehr ist uns klar geworden: Das ist ein zentrales Problem! Denn weder Jungen noch Mädchen sollten in Kindergarten und Grundschule den Eindruck bekommen, dass es ausschließlich Frauensache ist, sich um kleinere Kinder professionell zu kümmern. Deswegen habe ich durch meine guten Kontakte zu Studierenden die Idee entwickelt, männliche Studierende in bis dato männerfreie Grundschulen zu schicken.

**Welche Erfahrungen machen diese Lehramtsstudenten an den Schulen?**

**Fantini:** Es ist sehr spannend, was sie erzählen. Wenn ein junger Student einsteigt und mit der Schulleiterin durch die Grundschule geht, dann – so hat mir einer berichtet – wird er schon bei diesem ersten Rundgang von den Kindern angesprochen: „Was machst du

denn hier?“ Wenn er daraufhin erzählt, er wolle hier unterrichten, kommt die Reaktion: „Oh, endlich mal ein Mann!“

Spannend auch der Fall eines Lehramtsstudenten für das Gymnasium, der in unser Projekt nur durch persönliche Anwerbung eingestiegen ist und am Anfang immer sagte: „Grundschule ist nichts für mich, nur Einmaleins und Pipapo!“ Der ist jetzt seit anderthalb Jahren konsequent dabei und begeistert davon. Er erlebt, dass es in der Primarstufe darum geht, den Kindern Lust am Lernen zu machen. Das Fachliche rückt eher in den Hintergrund, doch die Fachdidaktik ist eine tolle Herausforderung.

**An den erziehungswissenschaftlichen Fakultäten wird die Forderung „Mehr Männer an die Schulen“ teilweise kontrovers diskutiert. Manche Forscherinnen sprechen von einer „Dramatisierung des Geschlechts“. Sie bestreiten zum Beispiel, dass männliche Vorbilder überhaupt notwendig sind, und warnen vor**

Anzeige

Nürnberg, Germany  
5. – 6.3.2014  
**ENFORCETAC**  
International Exhibition & Conference  
Law Enforcement, Security and Tactical Solutions by IWA

MEHR RAUM UND ZEIT  
FÜR SICHERHEIT  
ZWEI MESSEN, ZWEI TERMINE  
PLUS NEUE HALLEN!\*

\*Nähere  
Informationen:  
[www.iwa.info](http://www.iwa.info)  
[www.enforcetac.com](http://www.enforcetac.com)

Veranstalter  
NürnbergMesse GmbH  
Tel +49 (0) 9 11.86 06-49 19  
[besucherservice@nuernbergmesse.de](mailto:besucherservice@nuernbergmesse.de)

**IWA**  
OUTDOOR  
CLASSICS 2014  
High performance in target sports,  
nature activities, protecting people

7. – 10.3.2014  
Nürnberg, Germany

NÜRNBERG MESSE



**Rollenstereotypen. Zudem wird der Ruf nach mehr Männern schnell als Affront gegenüber den weiblichen Lehrkräften wahrgenommen.**

**Fantini:** Ich bin durch dieses Projekt viel in Grundschulen unterwegs und halte das für eine sehr akademische Debatte. In den Schulen treffen wir ständig auf junge Lehrerinnen und Schulleiterinnen, die unsere Studenten toll finden, die sagen: „Der muss aber jetzt hier bleiben! Kann der nicht noch mehr Stunden machen?“ Da merkt man, dass das Thema theoretisch doch etwas anders debattiert als dann in der Praxis umgesetzt wird. Ich kann aus meiner durchaus auch theoretisch entwickelten Überzeugung nur sagen: „Gott sei Dank!“

**Vor drei Jahrzehnten betrug der Anteil der männlichen Lehrer an Grundschulen 40 Prozent, inzwischen liegt er bei gut zwölf Prozent. Was haben Sie neben Ihrem Projekt für Ideen, diese Zahl wieder zu steigern?**

**Fantini:** In der Tat, seit Mitte der 80er-Jahre gehen die Zahlen drastisch runter. Eine wichtige Handlungsebene wäre eine Imagekampagne. Man muss

die Vielfältigkeit und auch die fachliche Herausforderung der pädagogischen Arbeit in der Grundschule viel mehr an die Öffentlichkeit bringen. Unter dem Aspekt der Bildungsgerechtigkeit werden die entscheidenden Impulse in der Grundschule gesetzt. Überspitzt ausgedrückt tüfteln die weiterführenden Schulen eigentlich nur noch an dem herum, was an der Grundschule geklappt hat und was nicht. Diese Profilierung der Grundschule, wie sie derzeit arbeitet, wenn sie gut ist, muss bekannt gemacht werden. Und dann werden Männer, gerade Männer, die politisch engagiert und vielleicht auch noch mutig sind, sagen: Das ist eine Herausforderung als Mann, das ist eben kein Kinderkram!

**Im Feld der Frühpädagogik gibt es die vom Bundesfamilienministerium unterstützte Kampagne „Mehr Männer in Kitas“, die für den Erzieherberuf wirbt. Für die Schulen und den Lehrerberuf ist nichts Vergleichbares in Sicht. Warum?**

**Fantini:** Das liegt wohl am föderalen System in Deutschland, die Länder wollen im Bildungsbereich sehr autark sein. Zum Teil wird dieses Ar-

gument von Seiten der Bundespolitik aber auch vorgeschoben, um hier nichts zu investieren. Ich würde mich über eine bundesweite Kampagne freuen. In meinem eigenen Projekt merke ich, wie müßig und nervig es ist, immer wieder neuen Projektmittelchen hinterherzulaufen, um solche spannenden Sachen überhaupt machen zu können. Das ist eigentlich ein Unding und ich wünsche mir deshalb genau dasselbe wie im Kita-Bereich, eine Initiative, die in Berlin mit großem Stab koordiniert wird. So etwas brauchen wir unbedingt auch für das Grundschullehramt.

**Das Interview führte  
Thomas Gesterkamp.**

Am 20. November fand an der Universität Hildesheim eine Fachtagung zum Thema „Männer und Grundschullehramt“ statt. Informationen: Sabine Hastedt, Telefon 05121-883-195, E-Mail: [hastedt@uni-hildesheim.de](mailto:hastedt@uni-hildesheim.de)

Kontakt zum Projekt „Rent a teacherman“: Universität Bremen, Dr. Christoph Fantini, Telefon 0421-21869123, E-Mail: [cfantini@uni-bremen.de](mailto:cfantini@uni-bremen.de)

# Diskussionen um das Yelp-Signal

**In der Ausgabe 7/2013 DEUTSCHE POLIZEI wurde das Thema Yelp-Signal thematisiert und zahlreiche Kollegen beteiligten sich an der anschließenden Diskussion. Die Leserbriefe lassen nur einen Schluss zu: die Meinungen klaffen weit auseinander. Ist es möglich, die Bewertung des Yelp-Signals auf neutrale Argumente zu reduzieren?**

### Pro und Kontra

Viele Leserbriefe machten deutlich, dass die Autoren im Schatten ihrer eigenen Erfahrungen eine Bewertung der neuen und meist als amerikanisch bezeichneten Technik vornehmen. Dabei fallen die auf dieser Grundlage gezogenen Rückschlüsse extrem variantenreich aus und zeigen, wie unterschiedlich die neue Technik bewertet wird. Einerseits werden Yelp-Signale mit Verweis auf positive Einsatz Erfahrungen gefordert, andererseits werden sie als zu teuer oder amerikanisch abgelehnt. Letzteres muss, wenn die Technik tatsächliche Vorteile bietet, als Polemik von der Liste echter Ar-

gumente gestrichen werden. Fraglich ist in der Folge, wie eine möglichst neutrale Bewertung, fernab der Geschmäcker und vermeintlicher Logik, gewährleistet werden kann. Schon die Grundfrage in Bezug auf Yelp-Signale „Ist das Yelp-Signal akustisch besser wahrzunehmen als das herkömmliche Tatütata?“ muss beantwortet werden. In diesem Zusammenhang ist beachtlich, wie Rene Klimek aus Magdeburg in seinem Leserbrief treffend beschrieb, dass der Einsatz des Martinhorns zum Zwecke des Anhaltens rechtlich fragwürdig sein könnte. Warum sollte eine neutrale Bewertung der Vor- und möglichen Nachteile des Yelp-Signals erfolgen? Einerseits weil die Anschaffung teuer und dadurch

gut zu überlegen ist, andererseits, weil fernab der persönlichen Erfahrungen vieler Beamter gar nicht klar ist, ob das Yelp-Signal Vorteile bringt. Nochmals ist die Fragestellung hervorzuheben, wer eigentlich jemals wirklich neutral unter Bedingungen des Straßenverkehrs auf deutschen Straßen überprüfte, ob das Yelp-Signal sinnvolle Vorteile erbringt. Allein auf die amerikanischen und durchaus vorhandene Forschung (so von Howard/Maddern/Privopoulos) kann nicht ohne weiteres zurückgegriffen werden, weil die dortigen Verhältnisse (Pkw-Typen, Sirenentöne usw.) nicht ungeprüft auf Deutschland übertragbar sind.

Gerade deshalb ist eine neutrale und auf belastbaren Prozessen beruhende Bewertung der „neuen“ Technik in der Bundesrepublik notwendig. Das Pseudoargument „In Amerika werden die Leute schon wissen, warum sie das Yelp-Signal anwenden.“ darf nicht übernommen werden. In der deutschen Forschung sind keine



Studien zum Yelp-Signal bekannt geworden beziehungsweise zitiert. Es existieren aber zahlreiche Fakultäten und Forschungseinrichtungen, deren Kompetenzen in Bezug auf die hier geforderte, neutrale Bewertung hilfreich wären. Bei dieser Argumentation wird häufig davon gesprochen, dass nicht alles verwissenschaftlicht werden sollte. Man solle einfach auf Erfahrungen vertrauen. Die zahlreichen Leserbriefe und die darin zum Ausdruck gebrachten unterschiedlichen Meinungen machen aber deutlich, wie wenig homogen die Erfahrungswerte sind. Auf welche Erfahrungen soll denn vertraut werden? Auf die positiven oder auf die negativen?

Wird in der deutschen Polizei alles verwissenschaftlicht? Nein, denn in der deutschen Polizeilandschaft fehlt die Wissenschaft häufig. Strukturreformen werden ohne fundierte wissenschaftliche Begleitung durchgeführt und Polizeiwissenschaftler regelmäßig nicht gehört. Daher kann keinesfalls von einer negativen Verwissenschaftlichung ausgegangen werden. Die Wissenschaft fristet fernab der Kriminalwissenschaften und Kriminologie ein Schattendasein und kommt selten zum Zuge. Dabei erscheint die Wissenschaft so derartig wichtig für eine moderne Polizei.

Der Polizeiwissenschaftler Professor Dr. Thomas Feltes sagte anlässlich eines Interviews auf die Frage, welchen Anteil die Polizeiwissenschaft bei der Bewertung von Risiken des Polizeialltags leisten kann: „Wenn es um Risiken des Polizeialltags geht, dann wird die Polizeiwissenschaft hier als erstes gefragt: Welche Risiken gibt es? Wer ist für diese Risiken verant-

## Zu: Jaulende Polizeifahrzeuge, DP 7/13

Ich wollte an dieser Stelle einmal thematisieren, dass der Einsatz von Blaulicht und Einsatzhorn einer rechtlichen Grundlage unterliegen. Die Kombination von beidem verfügt schließlich laut Paragraph 38 StVO, dass Verkehrsteilnehmer sofort freie Bahn zu schaffen haben. Somit ist dieses Mittel als Signal zum Anhalten eines Fahrzeugs meiner Meinung nach ungeeignet und möglicherweise rechtlich bedenklich. Sollte es durch den Gebrauch zum Anhalten eines Fahrzeugs zu einem Unfall kommen, könnte dies zu rechtlichen Schwierigkeiten führen.

Aus sicherer Quelle weiß ich, dass die in NRW verbauten Sondersignalanlagen den sogenannten Yelp vorgerüstet haben und die Verwendung nur eine Frage der Programmierung ist. Da fragt man sich doch, warum bezahlte Technik keinen Einsatz findet.

**Martin Meurer, Eschweiler**

wortlich? Und: Wie kann man diese Risiken minimieren? Es ist dann, und das ist entscheidend, Aufgabe der spezifischen Teilbereiche der Polizeiwissenschaft, die Risiken aus ihrer jeweils besonderen, disziplinären Sichtweise zu analysieren und Lösungsvorschläge zu entwickeln.“

Ursprünglich war der von vielen Beamten als problematisch erlebte Anhaltevorgang Ausgangspunkt für die Überlegungen zur Einführung des Yelp-Signals. Nach Feltes müsste zu Beginn der gewollten Verbesserung des Anhaltevorgangs geklärt werden, welche Risiken existieren (Unfallgefahren?), wer für die Entstehung der Risiken verantwortlich ist (Kraftfahrer?) und im Anschluss, wie diese Risiken minimiert werden können. Erst anlässlich dieses letzten Schrittes könnte das Yelp-Signal eine Lösungsmöglichkeit in Bezug auf die vorab erkannten Risiken und der gewollten Verbesserung sein.

## Jeder entscheidet selbst

Führt das Yelp-Signal ein, wenn die neutrale Bewertung ausreichende Vorteile erkennen lässt! Schlussendlich liegt es in der Verantwortung jedes einzelnen Beamten, ob er die dann verfügbare Technik auf Grundlage seiner eigenen Erfahrungen einsetzt oder nicht. Dieser Grundsatz gilt innerhalb der Polizei schon lange, egal ob bei dem ausgelieferten, aber nicht mitgeführten Schlagstock, den an Bord befindlichen mobilen Sicherungsmitteln oder der verfügbaren, aber nicht getragenen, schussicheren Weste.

**Martin Zink**

**Lesetipp (in englischer Sprache): ACOUSTIC CHARACTERISTICS FOR EFFECTIVE AMBULANCE SIRENS (Studie zur Wirkung von Sirenen)**



Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen



## Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach § 111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



# „Das Internet entgrenzt Kriminalität!“

## BKA-Tagung zur Cyberkriminalität mit Blick auf die NSA-Debatte

**Die NSA-Spionagedebatte war auch auf der diesjährigen Herbsttagung des Bundeskriminalamts (BKA) Mitte November allgegenwärtig. BKA-Präsident Jörg Ziercke machte auf seiner vermutlich letzten Herbsttagung als Chef der Wiesbadener Behörde keinen Hehl daraus, dass die anhaltende Debatte um die Untersuchung und Speicherung der Daten der Bundesbürger die Bekämpfung der sogenannten Cyberkriminalität nachhaltig schwächt. Ein Ergebnis der NSA-Debatte sei nämlich, dass die deutschen Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung und Verfolgung von Straftaten, die mit Hilfe des Internets verübt werden, hinterherhinken.**



Es müsse endlich die Rechtsgrundlage dafür geschaffen werden, dass zur Verfolgung von schwersten Straftaten deutsche Sicherheitsbehörden zum Zwecke der Auswertung auch Zugriff auf Verkehrsdaten aus dem Bereich der Internetnutzung bekämen, sagte der BKA-Präsident. Er erinnerte daran, dass Internetkriminelle heute weltweit einen größeren finanziellen Schaden anrichten als die Verkäufer von Kokaïn, Heroin und Marihuana zusammen. Zierckes Fazit lautete deshalb auch: „Cybercrime hat ein grenzenloses Wachstums- und Schadenspotenzial. Das Internet entgrenzt Kriminalität!“

In einer äußerst bemerkenswerten Rede verwies der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht, Professor Dr. Udo Di Fabio, auf die verschiedenen Grenzen und Einflussmöglichkeiten persönlicher Freiheit. Es sei bereits bemerkenswert, dass viele Millionen Bundesbürger teilweise sehr intime Daten in sozialen Netzwerken veröffentlichen und sich zugleich darüber beklagen, dass die Polizei zur Verfolgung schwerster Straftaten Internetdaten auswerten wolle.

Das Misstrauen gegenüber den Sicherheitsbehörden sei angesichts der Redseligkeit in sozialen Netzwerken teilweise irrational, sagte Di Fabio. Zudem beklagte der Verfassungs-

*Immer deutlicher aus dem Schatten: die wachsende Cyberkriminalität war Thema der traditionellen BKA-Herbsttagung Mitte November in Wiesbaden.*

*Foto: Arne Dedert/dpa*

rechtler auch eine erhebliche Gerechtigkeitlücke. Diese ergebe sich aus den geringen Befugnissen und Fähigkeiten deutscher Ermittler bei der Bekämpfung der Kriminalität im Internet und der nach wie vor sehr guten Aufklärungsquote bei Straftaten in der sogenannten realen Welt. „Einem herkömmlichen Bankräuber, der 20.000 Euro erbeutet, droht ein Entdeckungsrisiko von 90 Prozent. Einem Cyber-Bankräuber hingegen, der 20 Millionen Euro stehle, nur eins von zehn Prozent“, spitzte Di Fabio zu.

Ein düsteres Bild zeichneten die IT-Experten insgesamt von der Sicherheitslage im Bereich der IT-Technologie. So sei die Bundesrepublik in Bezug auf die rechtlichen Befugnisse der Ermittler zu stark gefesselt und auch hinsichtlich der materiellen wie personellen Ausstattung der Sicherheitsbehörden gäbe es dringendsten Handlungsbedarf. Die Bundesrepublik sei derzeit ein perfektes Opfer für Attacken aus der Dunkelheit des Internets. Die Wirtschaftskraft Deutschlands und die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung könnten derzeit nicht einmal ansatzweise von Seiten der Sicher-

heitsbehörden gegen Angriffe von Internetkriminellen und ausländischen Diensten, die Wirtschafts- und Militärsplionage betreiben, geschützt werden.

**Sascha Braun**

### Bundesweite Polzeisammlerbörse

Interessenten von Utensilien der Polizei wie Abzeichen, Mützen oder Uniformen sollten sich bereits den **16. März 2014** vormerken. An diesem Sonntag findet von 8.00 bis 14.00 Uhr im hessischen Fulda die nächste bundesweite Polzeisammlerbörse statt. Organisiert wird die Veranstaltung in den dortigen Räumen des Bundesbereitschaftspolizeipräsidiums wieder vom Kollegen Burghard Graf. Anmeldungen werden unter der Telefon 0561-880250 entgegengenommen.

**Detlef Schöne**



# Goslarer Zivilcourage-Kampagne geehrt

**Die Goslarer Zivilcourage-Kampagne (GZK) ist in diesem Jahr in Münster von der Stiftung Kriminalprävention ausgezeichnet worden. Der Präsident des Bundeskriminalamtes und Sprecher der Jury, Jörg Ziercke, lobte als Laudator die von der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei, unterstützte Initiative als ein Leuchtturmprojekt mit europaweiter Strahlkraft. „Wie immer bei diesem Förderpreis sind die Projekte auf Wirksamkeit untersucht, übertragbar und dringend zur Nachahmung empfohlen“, sagte Ziercke bei der Veranstaltung im November vor rund 100 Vertretern der Kriminalprävention aus dem gesamten Bundesgebiet.**



GZK-Webmaster Lothar Niemann, und der Unterstützer von der GdP, Martin Schilff, freuten sich wie alle sehr über den Förderpreis und luden alle Interessierten ein, sich Zivilcouragetipps auf der Seite [www.zivilcourage-goslar.de](http://www.zivilcourage-goslar.de) zu holen.

Die Zivilcourage-Kampagne wurde unter anderem initiiert von der Polizeiinspektion Goslar und der Opferchutzorganisation Weißer Ring. Das vielfältige, bundesweite Engagement der GZK, die seit 2010 mit Aktionsplakaten, Postkarten, Filmen, Kinospots, Zeitungsanzeigen und Vorträgen „Mut zur Zivilcourage“ macht, kooperiert mit der Aktion „Tu was!“ der Polizei des Bundes und der Länder (ProPk).

Die Jury hatte fünf der besten Projekte und Akteure Deutschlands aus annähernd 60 Projekten ausgewählt. „Jedes Projekt, das hier gefördert wird, ist eine Ausnahmeleistung für die Entwicklung der Kriminalprävention, nachhaltig und zukunftsweisend.“, so Klaus Stüllenberg, Vorstandsvorsitzender der Stiftung. **Red.**

**Jury überzeugt: So sehen Preisträger aus (l.a. Martin Schilff). Foto: Günter Koschig**

## BEREITSCHAFTSZEITEN

# IMK soll für einheitliche positive Regelung in allen Ländern sorgen

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) will erreichen, dass Bund und Länder dem Beispiel Niedersachsens folgend für die Zukunft auf eine restriktive Anrechnung von Bereitschaftszeiten bei allen geschlossenen Einsätzen zugunsten einer einheitlichen Vergütung verzichten. In einem Schreiben an den niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius forderte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow den amtierenden IMK-Vorsitzenden auf, sich in der kommenden Sitzung der Innenministerkonferenz dafür einzusetzen, dass „... diese äußerst positive Regelung auch für die übrigen eingesetzten Kräfte aus Bund und Ländern durch dort zu schließende eigene Vereinba-



Foto: Zielasko

rungen Anwendung findet.“ Malchow weiter: „Aus unserer Sicht wäre es falsch, wenn unterschiedliche Anrechnungsverfahren beim Bund und in den Ländern praktiziert würden, denn alle Einsatzkräfte hatten die gleiche polizeiliche Aufgabe zu bewältigen. Demnach kann es nur folgerichtig und konsequent sein, dass alle Einsatzkräfte auch die gleiche Vergütung für ihren Einsatz erhalten.“ Dabei könne die mit dem Landespolizeipräsidentium Niedersachsen geschlossene Vereinbarung vom 13. September 2012, die unter maßgeblicher Beteiligung des GdP-Landesbezirks Niedersachsen zustande gekommen war, als Vorbild dienen.

hol





## Entschädigung für Demonstranten nach Biss durch Polizeihund

**Nach einem Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main (OLG) erhält ein Demonstrationsteilnehmer, der von einem Polizeihund gebissen worden war, eine Entschädigung von 300 Euro.**

Der Kläger hatte im Oktober 2011 in Gießen mit etwa 500 weiteren Personen gegen eine Festveranstaltung des Konsulats von Eritrea protestiert. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wurden vor Ort etwa 50 Polizisten eingesetzt. Am Tor des Veranstaltungsgeländes stockte der Zug, weil es zu Auseinandersetzungen zwischen Teilnehmern der Festveranstaltung und Demonstranten kam. Um beide Gruppen auseinanderzuhalten, setzte die Polizei auch Diensthunde ein, die angeleint und mit einem Maulkorb versehen waren. Die Tiere waren so trainiert, dass sie auf Kommando gezielt die Oberkörper einzelner Störer ansprachen und diese anbellten.

Auch der Kläger wurde in dieser Weise von einem Hund mit der Schnauze angestoßen. Daraufhin zog er sich zurück und bemühte sich, andere aufgebrachte Demonstranten von einem erneuten Vordringen abzuhalten. Er stellte sich mit erhobenen Armen vor diese und forderte sie auf, den Anordnungen der hinter ihm stehenden Polizisten zu folgen. In diesem Moment biss ihn einer der Hunde von hinten in den Arm. Dieses Tier war zuvor von einem Demonstrationsteilnehmer derart getreten worden, dass sein Maulkorb verrutschte. Durch den Biss erlitt der Kläger eine sechs Zentimeter lange Fleischwunde, die ärztlich behandelt werden musste.

Der Kläger wirft dem Polizisten, der den Hund geführt hat, grobes Verschulden vor und forderte vom Land Hessen als Dienstherrn des Beamten ein Schmerzensgeld nicht unter 3.000 Euro. Das in erster Instanz zuständige Landgericht wies die Klage ab, da es keine Amtspflichtverletzung des den Hund führenden Beamten feststellen konnte.

In dem auf Antrag des Klägers durchgeführten Berufungsverfahren änderte das OLG Mitte August die Entscheidung der Vorinstanz ab. Als Begründung führte das OLG aus: Der mit dem Hundebiss verbundene Eingriff in die körperliche Unversehrtheit des Klägers sei dem zuständigen Land

zuzurechnen. Zwar handele es sich bei der Verletzung um eine ungewollte Folge des Polizeihundeinsatzes, zu der es nur durch das Fehlverhalten eines unbesonnenen Demonstranten und eine unglückliche Verkettung von Umständen gekommen sei. Jedoch habe sich durch die Bissverletzung eine mit dem Einsatz von Polizeihunden verbundene besondere Gefahr verwirklicht. Die Verletzung lege dem Kläger ein Sonderopfer auf. Zwar habe



Foto: Polizei/dpa

dieser keinen ausreichenden Sicherheitsabstand zu dem Hund eingehalten, aber auch nicht damit rechnen müssen, dass er wegen des Fehlverhaltens eines anderen Demonstrationsteilnehmers von dem Hund gebissen würde. Zur Kompensation des erlittenen immateriellen Schadens sei eine Entschädigung von 300 Euro angemessen, wobei nicht unberücksichtigt bleiben könne, dass der Kläger bei seinem geschilderten Verhalten – wenn auch aus achtenswerten Gründen – das Gebot der Eigensicherung unzureichend beachtet habe. **Az: OLG 1U69/13**

**Red.**

## Arbeitsgericht: Totenkopf-Foto kein Grund für außerordentliche Kündigung

**Ein fotografiertes und ins Netz gestelltes Totenschädel ist nicht zwangsläufig Ausdruck einer rechtsradikalen Gesinnung. Das hat das Arbeitsgericht Hamburg in einem Kündigungsschutzverfahren Mitte September entschieden.**

Ein Angestellter im Polizeidienst hatte sich gegen eine außerordentliche fristlose Kündigung seines Arbeitsverhältnisses durch die Stadt Hamburg zur Wehr gesetzt.

Der Arbeitgeber warf dem Mann vor, auf seiner Facebookseite das Foto eines Totenschädels mit Polizeimütze veröffentlicht zu haben, das in einem Postencontainer vor einem Schutzobjekt der Jüdischen Gemeinde in Hamburg aufgenommen wurde. Der Kläger war dort als Objektschützer eingesetzt.

Dem Arbeitsgericht zufolge ist die außerordentliche Kündigung unwirksam, die Polizei muss den Mann weiterbeschäftigen. Die Behörde habe nicht nachgewiesen, dass der Angestellte das Foto aufgrund einer rechtsradikalen Gesinnung aufgenommen und in das Internet gestellt hat, hieß es weiter. Maßgeblich sei, dass der fotografierte Totenschädel nicht zwangsläufig Ausdruck einer rechtsradikalen Gesinnung ist, sondern dass der Totenschädel vielfach auch in anderen Zusammenhängen, etwa bei einem Fußballverein, als Symbol verwendet werde. Auch sei nicht ersichtlich, dass es einen Zusammenhang mit dem Totenschädel und der nur im Hintergrund zu sehenden Schule gäbe, die auf dem Foto nur Ortskundige erkennen könnten.

## Angestellter entschuldigte sich

Der Mann hatte zuvor das Anfertigen und Einstellen des Fotos auf seiner Facebookseite eingeräumt und angeführt, es habe sich um ein Scherz-Foto gehandelt. Er habe zu keiner Zeit den Totenkopf als Symbol der SS-Totenkopfverbände benutzt oder verstanden. Er bedauere, dass er seinerzeit nicht erkannt habe, dass es unangemessen sei, ein solches Foto vor einer jüdischen Einrichtung aufzunehmen. Sollte er damit Gefühle von Mitgliedern der Gemeinde verletzt haben, tue ihm dies aufrichtig leid und er entschuldige sich dafür ausdrücklich. Er sei weder in verfassungsfeindlichen Organisationen politisch aktiv noch hege er ein nationalsozialistisches oder rechtsradikales Gedankengut.

Darüber hinaus warf die Stadt dem Mann vor, in der Vergangenheit unter anderem Kollegen mit ausländerfeindlichen Sprüchen beleidigt zu haben, was er aber bestreitet. Die Darstellung der Polizei zu diesen Vorfällen, so das Gericht, sei nicht ausreichend aussagekräftig, um das Foto mit dem Totenschädel in einem anderen Licht sehen zu können.

**Az: Arbeitsgericht Hamburg 27 Ca 207/13**

**Red.**



# Fürsorge 3.0

**In einer Zeit des stetigen Wandels ist es gut, Werte und Normen zu haben, an denen es sich lohnt, zu orientieren. Doch welche Erwartungen können Beschäftigte an die Fürsorgepflicht in Zeiten der sogenannten Schuldenbremse haben? Das Bild des Berufsbeamtentums wird auch durch die Fürsorgepflicht der Dienstherrn geprägt. Der wiederum ist gesetzlich gehalten, für das „Wohl“ des Beamten und seiner Familie zu sorgen.**

Von Jörg Radek

Doch wie steht es mit einer Begrifflichkeit, die sich aus dem Absolutismus vor 300 Jahren in Preußen entwickelt hat? Zur Festigung der Macht waren Verwalter notwendig. Für das Verhältnis von Herrschern und Dienern entwickelten sich Grundsätze, die noch heute – mit rechtsstaatlichen und demokratischen Aspekten versehen – gültig sind. Wir sprechen von den „althergebrachten Grundsätzen“ des Berufsbeamtentums.

Das jetzige Selbstverständnis von Beamten entspricht nicht dem von Knechten und Mägden. Die Entwicklung vom preußischen Allgemeinen Landrecht von 1794 bis zur Gegenwart hat dankenswerterweise das Obrigkeitsdenken aufgehoben. Doch was ist geblieben? Der Begriff der Fürsorge scheint die Dynamik nicht mitgenommen zu haben. Der Art. 33 Abs. 5 Grundgesetz ist ein verfassungsrechtliches Fundament des Beamtenrechts. Bei den hergebrachten Grundsätzen handelt es sich laut Bundesverfassungsgericht um einen Kernbestand von Strukturprinzipien. Der Kern dieses Verhältnisses zwischen Dienstherr und Beamten ist die gegenseitige Treue. Zu beobachten ist eine Kernschmelze.

## Im Kern getroffen

Angesichts jüngster Verhaltensmuster von Landesregierungen, die den jahrelang geltenden Grundsatz der zeit- und inhaltsgleichen Übernahme des Tarifergebnisses auf die Besoldung und auf die Versorgung aufgeben und in die alten Machtstrukturen zurückfallen, sind vielleicht Zweifel an der Zukunftsfähigkeit nicht des Dienstherrn, sondern der politischen Verantwortlichen angebracht. Eine Landesregierung, wie die in Düsseldorf, die sich weigert das Tarifergebnis auf alle Beamten zu übertragen, kann

sich die nächste Nachwuchskampagne für den Staatsdienst sparen.

Das Verhältnis zwischen der Beamtenschaft und ihrer Dienstherrn ist nicht ungetrübt. Anders ausgedrückt,

es handelt sich bei der Fürsorge für die Beschäftigten und ihre Familien nicht um ein modisches Kleidungsstück, wie T-Shirts mit dem Konterfei von Che Guevara bei einer Gala – unglauwbürrig und deplatziert.

Zum staatlichen Funktionieren sind Beamtinnen und Beamte notwendig. Die Einsicht in die Notwendigkeit von Veränderungen wurde nicht erst seit der „Schuldenbremse“ mit rein fiskalischen Interessen, Sparsamkeit und



Wirtschaftlichkeit der Verwaltung, Fehlen von Haushaltsmitteln als „zwingende dienstliche Gründe“ versucht zu vermitteln. Mit voller Hingabe leisten sie ihren Beitrag.

Doch nach dem Ende einer Periode von Verwaltungs- und Polizeireformen wurde die Opferbereitschaft auch durch die Organisationsgewalt der Dienstherrn stark strapaziert. Die Befunde durch Fehlzeiten und Krankenstände belegen dies. Für eine Eingriffsverwaltung wie die Polizei als „die“ Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols keine Herausforderung, sondern eine Zumutung. Die gesellschaftlichen Begleitumstände, steigende Gewaltbereitschaft und Autoritätsverlust wurden ignoriert, obwohl die Polizei mit rund 270.000 Vollzugsbeamten des Bundes und der Länder einen bedeutenden Sektor des öffentlichen Dienstes darstellt und die Bürgerinnen und Bürger ihr als „han-

Foto: Robert B. Fishman/dpa

Foto: Gary Walters/dpa



delndem Staat“ begegnen, etwa bei Alkoholkontrollen im Straßenverkehr oder wenn bei einer Festnahme „unmittelbarer Zwang“ angewandt wird.

### Zurück in die Zukunft

Welchen Stellenwert hat heutzutage ein Programm für innere Sicherheit? Das von Anfang der 70er-Jahre weckt fast nostalgische Erinnerungen. Ähnlich geht es einem beim Blick auf die damalige Beamtenpolitik. 1971 bestand Einigkeit zwischen Bund und Ländern, den besoldungsrechtlichen Wettlauf zwischen den Ländern zu beenden und die bis dahin bestehende föderale Eigenständigkeit zugunsten einer Rahmenkompetenz des Bundes aufzugeben. Dienstrechtlicher Fortschritt wurde damals so definiert, dass besoldungs- und versorgungsrechtliche Kompetenzen der Länder hinderlich waren für einen leistungsstarken öffentlichen Dienst in Deutschland. Nur durch eine Vereinheitlichung des Bundes mit den Ländern konnte Trans-



Foto: dpa

parenz und Effizienz der öffentlichen Verwaltung gewährleistet werden. Die Föderalismusreform I korrigierte 2006, also 35 Jahre später, diese als Fortschritt des Dienstrechts gefeierte Reform.

In Zeiten knapper Kassen in den 90er-Jahren wurden weitere Reformziele ausgegeben. Die Schutzhülle der Fürsorge reichte nicht gegen den Wi-

dersinn von Stellen- und Personalabbau. Die Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Sektor ging von 1991 bis 2010 um insgesamt 1,6 Millionen Beschäftigte und damit mehr als 30 Prozent zurück. Das Ziel „Effizienzsteigerung“ sollte, flankiert durch einen dienstrechtlichen Reformansatz, der sich im Dienstrechtsreformgesetz vom Februar 1997 widerspiegelt, erreicht werden. Unter dem Stichwort „Schlanker Staat“ sollten Organisationsstrukturen gestrafft, Gesetzesanlässe und -umfänge dereguliert und Privatisierungspotenziale ausgeschöpft werden. Die Folgen und Nebenwirkungen wurden damals als gewerkschaftliche Kritik angesprochen. Ausgewertet werden sie nun in den Altersstrukturanalysen des Personalkörpers bei der Polizei in den Ländern und beim Bund.

### Verlängerte Lebensarbeitszeit

Die Kernschmelze der gegenseitigen Treueverabredung fand ihren Höhe-

punkt in der Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Ohne jeden Zweifel ist der Altersdurchschnitt gestiegen. Allein daraus den Schluss zu ziehen, dass in der Folge der Wunsch entstünde, auch länger zu arbeiten, ist falsch. Angesichts der parallel verlaufenden stetigen Steigerung der Arbeitsbelastung ist fast zwangsläufig davon auszugehen, dass der Berufstätige von heute wie auch von morgen seine gestiegene Lebenserwartung primär dazu nutzen will, auch endlich einmal zu leben und zwar gerade nicht im Sinne von „leben, um zu arbeiten“.

Dies hat zur Folge, dass immer weniger Beamte mehr Aufgaben in der gleichen Zeit erledigen müssen wie vor der Anhebung der Altersgrenze und dies nun auch noch zwei Jahre länger. Doch es wurde einseitig in die persönliche Lebensführung der Menschen eingegriffen. Besorgniserregend ist darüber hinaus die gängige Praxis, ältere Beschäftigte, die in den Ruhestand oder in die Rente entlassen werden, nicht zu ersetzen. Die Schulabgänge



in den nächsten Jahren werden bei der Polizei die Ruhestandsdaten nicht ersetzen können.

### Vom Staatsdiener zum Faktor „Mensch“

In der Vergangenheit bestand ein Spannungsverhältnis im Rahmen der Fürsorge darin, einen Ausgleich zwischen der Belastung des Einzelnen und den Interessen des Dienstherrn herzustellen – also einen permanenten Ausgleich zu den Vorgaben an einen reibungslosen, ungestörten Arbeitsablauf in der Behörde durch eine Arbeitsorganisation mit erträglichem Arbeitstempo. Doch durch die Prozessoptimierung im Rahmen von betriebswirtschaftlichen Methoden in der Polizei wurde der Polizeibeschäftigte zu einem „Homo Oeconomicus“. Sein Arbeitsverhalten wurde marktorientiert bewertet und privatisiert oder zu einem Faktor von uneingeschränkten rationalen Verhalten. Seine Eingriffsmaßnahme mutierte zu Zahlen, Daten und Fakten.

Dem Wertmuster von polizeilichen Tugenden wie Gerechtigkeit, Tapferkeit und Wahrheitsliebe wurden scheinbar zeitgemäße Begriffe wie Human- und Sozialkapital hinzugefügt, ohne jedoch die Entwicklung einer Fehlerkultur. Eine Schlussfolgerung muss deshalb sein, den übertriebenen Wirtschaftlichkeitsansatz zu ersetzen durch die Zuwendung zu den Menschen. Auch für eine beschäftigtenfreundliche Gestaltung speziell der polizeilichen Arbeitswelt bedarf es statt wohlklingender Absichtserklärungen einer Analyse des Personalbedarfs hinsichtlich Altersstruktur und Fachkenntnissen – inwieweit die Altersgänge Personal- oder Wissenslücken entstehen lassen. Dies wird maßgeblich davon beeinflusst, wie sich künftig die Aufgabenbereiche und ihre Stellenausstattung entwickeln. Daraus ergibt sich der Handlungsdruck, um den Verlust von praktischem Erfahrungswissen entgegenzuwirken.

### Das Menschliche wird gewinnen

Die Dienstleistung der Polizei ist eine Aufgabe von Menschen an Menschen und ihre Handlungsfähigkeit hängt auch vom Wohlbefinden der Beschäftigten ab. Bisher stand die Aufgabenerledigung ohne Berücksichtigung



Jörg Radek

Foto: Zielasko

der Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt. Beim Bevölkerungsrückgang gewinnt die Arbeitsleistung jedes einzelnen an Bedeutung. Technik allein wird sie nicht ersetzen können. Das Menschliche, das Soziale, wird gewinnen.

Dem Wunsch nach individuellen, flexiblen Lösungen auf der einen Seite

veränität. Der Mensch ist eben nicht eine Ameise oder Termiten, die anonym und austauschbar unter Gleichartigen ihr Dasein fristet. Diese Erkenntnis ist nicht neu und stammt vom Verhaltensforscher Konrad Lorenz.

Die Menschen in der Polizei brauchen Antworten auf ihre unterschiedlichen sozialen Fragen. Diese Antworten werden davon geprägt, dass die Menschen die Arbeitswelt aushalten müssen. Der arbeitende Mensch hat einen Anspruch auf eine ausgewogene Balance von Beruf und Privatleben. Die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben stellt in der Mitte des Lebens andere Anforderungen als beim Berufseinstieg oder kurz vor der Rente oder Pensionierung.

Für viele jüngere Menschen entspricht die traditionelle Geschlechter- und Rollenverteilung insbesondere in einer Familie nicht mehr ihren Wertvorstellungen. Sie suchen nach Lösungen für eine Lebensform einer partnerschaftlichen Familie, in der beide Geschlechter gleich verantwortlich die Aufgaben in Familie und Haushalt aufteilen.

Der Beruf bei der Polizei ist ein Lebensberuf. Im Mittelpunkt des Le-



steht das Bedürfnis nach planbaren und übersichtlichen Regelungen auf der anderen Seite gegenüber. So gibt es ein Spannungsfeld zwischen dem Arbeitgeber (Wunsch nach hoher Verfügbarkeit) und den Beschäftigten (Wunsch nach Vereinbarkeit). Die Lösung für familienfreundliche Arbeitsbedingungen liegt in der Erhöhung der Zeitsou-

bensinteresses der Beschäftigten steht jedoch nicht ihr Beruf, sondern die Familie. Die Lebenserfüllung ist die Geborgenheit der Familie. Wobei das Familienbild des Internetzeitalters nicht vergleichbar ist mit jenem des Biedermeier. Das Wohlbefinden drückt sich in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auch von Pflege und



## Powerflare Safety Stick mit Gurtmesser und Sicherheitshammer

Der Akku betriebene LED Stab beherrscht neben einer neutralen Taschenlampenfunktion mit weißen LEDs weitere 5 Leuchtmodi, die der Farbe des Gehäuses entsprechen. Sowohl in Notfallsituationen als auch im Alltag kann der LED Stick überzeugen. Sei es als Taschenlampe, zur Kennzeichnung von Flächen oder für das Durchtrennen von Gurten. Zudem ist der Safety Stick mit einem Sicherheitshammer ausgestattet für das Zerschlagen von Glas. Mit der Gürtelaufhängung lässt sich der LED Safety Stick einfach mitführen und der auf der Rückseite integrierte Magnet ermöglicht das Anbringen an allen metallischen Oberflächen.

Mit den im Lieferumfang enthaltenen 12V und 230V Adaptern kann man den Stick sowohl an einer Steckdose als auch im Auto aufladen.

**Für unsere Leser bieten wir einen Einführungsrabatt von 25%.** Bitte geben Sie hierzu beim Bestellvorgang den Rabattcode: **spezialrabatt2014** an und verwenden Sie bitte die Internetadresse: <http://bit.ly/safety-stick-rabatt>



**LIFE IS SIMPLE**<sup>®</sup>  
The Aid Company

Life is simple GmbH & Co. KG  
48167 Münster  
Telefon 0251 270709-0  
[www.lifeissimple.de](http://www.lifeissimple.de)  
[info@lifeissimple.de](mailto:info@lifeissimple.de)

## Wetterfest!

Wind, Regen, Schnee - in der kalten Jahreszeit müssen Polizisten, die draußen unterwegs sind, so machen Wetterkapriolen trotzen. Mit einem innovativen, modularen Wetterschutzkonzept bietet die LHD Group für jede Witterung die passende Bekleidungslösung. Zum Sortiment gehören eine wasser- und ölabweisende, atmungsaktive Softshelljacke, eine Strickjacke, ein Anorak mit GORE-TEX® - Obermaterial und Einsatzhandschuhe mit Kevlar® - Beschichtung. Die Artikel zeichnen sich durch modernes Design, hochwertige Materialien, passformgenaue Weiten und hohen Tragekomfort aus, sie sind sehr strapazierfähig und atmungsaktiv. Seit über 10 Jahren erarbeitet LHD nachhaltige, durchdachte Lösungen, um ihre Kunden sicher durch den Arbeitsalltag zu begleiten.



**LHD**   
GROUP

LHD Group GmbH  
51149 Köln  
Telefon 02203 9128 770  
[www.lhd-group.com](http://www.lhd-group.com)  
Ansprechpartner: Gerd Latz  
[gerd.latz@lhbw.de](mailto:gerd.latz@lhbw.de)



## Robuste Geräte für den Outdoor-Einsatz

Getac präsentiert mit dem F110 Tablet PC und dem V110 Convertible Notebook mobile Computer, die überaus leistungsfähig und hochrobust sind. Zudem sind die Geräte so leicht und so flach wie nie zuvor. Sie bieten neben einem hochauflösenden 11,6" HD-Bildschirm auch die aktuelle Intel®-Technologie mit den neuen Haswell Intel®-Core™ Prozessoren der 4. Generation und sind LTE-kompatibel. Außerdem warten sie mit weiteren marktführenden Technologien auf, wie Getacs neuer 3D Antennentechnik, speziellem SiRFstarIV™ GPS und ‚dual hot-swap battery‘ – zwei im laufenden Betrieb wechselbaren Akkus für 8 bis 10 Stunden Akkulaufzeit. Das F110 beinhaltet außerdem optional einen 1D/2D Barcode Leser und einen RFID- Scanner.



Getac Tablet PC F110



Getac Tablet PC F110; Getac Convertible Notebook V110

Weitere Informationen über  
<http://de.getac.com/tablets/F110/features.html>  
<http://de.getac.com/ruggedproducts/v110/getac-v110.html>

Getac Technology GmbH  
40472 Düsseldorf  
Telefon 0211 984819-0  
[www.getac.com](http://www.getac.com)  
[sales-getac-DACH@getac.com](mailto:sales-getac-DACH@getac.com)

**Getac**

Beruf aus. Es existiert daher ein berechtigtes Interesse der Gesellschaft, dass diese Aspekte stärker berücksichtigt werden als bisher.

**Nachhaltiges Handeln sichert das Soziale**

Eine Fürsorge auf der Höhe der Zeit betrachtet die einzelnen Lebensphasen: Die Situation eines Berufsanfängers, der als Einstieg von seinem sozialen Umfeld getrennt wird, Menschen, die eine Familie gründen wollen, oder der Aufenthalt in einer Pflegesituation. In jeder Lebensphase ist die Erwartung an ein Gleichgewicht zwischen Arbeit und Leben eine andere. Niemand ist es gleichgültig, ob er seine berufliche Arbeit nur erträgt oder als positiven Teil seines Lebens empfindet und mit Befriedigung gestaltet. Verbindlichkeit, Planbarkeit, Verlässlichkeit sind Gegengewichte zu Anforderungen und Belastungen. Der Umgang mit den sozialen Folgen prägt die Menschen in unserer Arbeitswelt. Diese Elemente sind Ausdruck für das Soziale und bestimmen die Qualität der Fürsorge. Dies gilt auch über die Pensionierung hinaus.

Der gestiegene Anteil an Älteren muss sich auch dort widerspiegeln, wo Bedürfnisse bestehen. Dies gilt sowohl bei der Gewährung von Beihilfe als auch bei Verbindlichkeit, Planbarkeit, Verlässlichkeit als Maßstab für die soziale Sicherheit über die Arbeitsplatzgarantie hinaus. Damit kann das Private und Berufliche in Einklang gebracht werden. Eine gelungene Verbindung aus beruflichem Einsatz mit den Vorstellungen zur Gestaltung eines erfüllten Privatlebens rückt bei den Menschen immer mehr in den Vordergrund.

Auf der Höhe der Zeit heißt Fürsorge für ein wirkungsvolles Gesundheitsmanagement. Bereits in der Weimarer Republik wurde der Umfang einer Generalklausel „Fürsorgepflicht“ durch die Rechtsprechung, beispielsweise hinsichtlich der gesundheitsgefährdenden Überlastung, konkretisiert.

Nachhaltiges Handeln erfordert für die Organisation der Polizei, dass die sozialen Folgen von Arbeitsabläufen für die Menschen abgeschätzt und auf ihre Wirkung hin überprüft werden müssen. Erst Recht in der Zeit der Schuldenbremse gilt: Die sozialen und ökonomische Faktoren im Rahmen des Nachhaltigkeitsmanagements können nicht isoliert voneinander betrachtet werden.

**Unbeirrbar auf der Fährte**

Von Wolfgang Schönwald

**Die Hundenase spielt in der Verbrechensbekämpfung eine zunehmend wichtigere Rolle – egal, ob die Hundeführer mit ihren gut ausgebildeten Spürhunden letztlich erfolgreich die Ermittlungen unterstützen können oder nicht. Die in der Polizeiarbeit erbrachten Leistungen dieser Tiere sind jedoch wissenschaftlich kaum erforscht.**

**Rund 250 Experten aus ganz Deutschland und dem Ausland trafen sich im September in Hamburg, um ihre Erfahrungen beim ersten Symposium für Odorologie im Diensthundewesen auszutauschen. An zwei Tagen tauchten sie auf Einladung des Rechtsmedizinischen Instituts des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf in die Welt des Hundes und vor allem der Hundenase ein, wollten sie überhaupt erst einmal wissen, wie oder was der Hund riecht, wie er lernt und denkt? Und die wohl entscheidende Frage aus Sicht der Polizei: „Wie können wir uns das Wissen um das Wesen des Hundes in der Ausbildung zu Nutze machen?“**

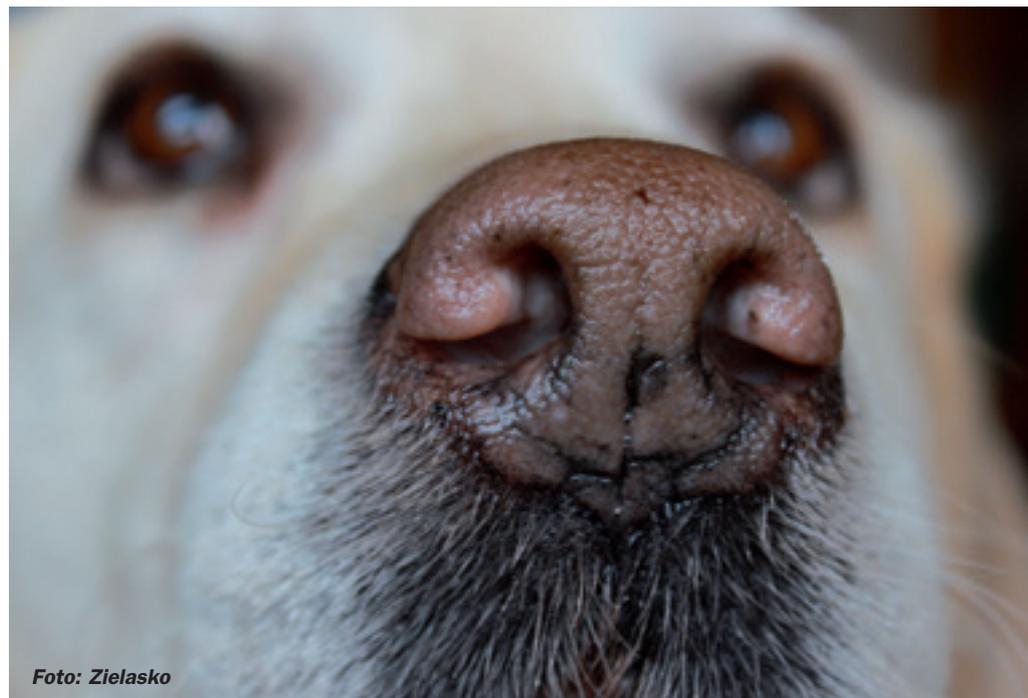


Foto: Zielasko

In Hessen wird eine Frau vermisst. Ihr Auto wird in einem Wald an der Grenze zu Thüringen entdeckt, steht da offensichtlich schon mehrere Tage. Von der Halterin fehlt jedoch jede Spur. Zur Suche fordert die Polizei eine Rettungshundestaffel an. Zwei Hundeführer finden mit ihren Personenspürhunden, sogenannten Mantraiern, nach nicht einmal zwei Stunden die Frau an einer Böschung – sie lebt. Auch in einem Mordfall in Rheinland-Pfalz nutzen Ermittler das Können der

Tiere. Hier sollen die speziell ausgebildeten Hunde helfen, die Gewalttat aufzuklären. Personenspürhunde können Experten zufolge auch schwache Geruchsspuren zum Teil kilometerweit verfolgen.

Doch nicht alle Einsätze dieser Tiere sind erfolgreich. In Nordrhein-Westfalen wird in einem Steinbruch eine Leiche aufgefunden. Der Mann galt jahrelang als verschwunden, sein Schicksal war ungewiss. Vor mehr als vier Jahren wollte der Gesuchte, der



# FÜR DIE PRAXIS



## Disziplinarrecht

Für die polizeiliche Praxis

Von **Christoph Keller**

2. Auflage 2012

**Umfang:** 312 Seiten / **Format:** DIN A5 Broschur

**Preis:** 19,90 € [D]

**ISBN 978-3-8011-0679-9**

**VDP eBook**

**Format:** EPub, Mobipocket

**E-Book-Preis:** 14,99 € [D]



Im Mittelpunkt dieses Buches steht das formelle Disziplinarrecht, das behördliche Disziplinarverfahren und die Bemessung von Disziplinarmaßnahmen bilden dabei die thematischen Schwerpunkte. Es will Hilfestellung geben und beteiligte Personen durch das Disziplinarverfahren „begleiten“. Zugrunde gelegt wird das nordrhein-westfälische Landesrecht und Bundesrecht (LDG NRW/BDG). Die Parallelvorschriften der anderen Bundesländer werden in Zusammenhang mit den behandelten Vorschriften des LDG NRW/BDG genannt, auf landesrechtliche Besonderheiten wird bei Bedarf eingegangen.

### DER AUTOR

**Christoph Keller**, *Polizeioberst. Seit Sommer 2010 Leiter des Dezernats für Rechtsangelegenheiten, Organisationsentwicklung und Verwaltung beim LAFP, Bildungszentrum Münster. Im Nebenamt Lehrbeauftragter an der FHöV NRW für das Fach Eingriffsrecht.*

## Sozialvorschriften im Straßenverkehr

Leitfaden für Ausbildung, Fortbildung und Praxis mit den wichtigsten Gesetzen und Verordnungen

Von **Detlef Salentyn** und **Thomas Andres**, begründet von **Hans-Jörg Nitze** †

8. Auflage 2012

**Umfang:** 368 Seiten / **Format:** DIN A5 Broschur

**Preis:** 29,90 € [D]

**ISBN 978-3-8011-0677-5**



In diesem Buch wird die komplexe Materie des innerstaatlichen als auch grenzüberschreitenden Berufskraftverkehrs mit den verschiedenen Rechtsbereichen, Verkehrsformen und sich daraus jeweils ergebenden Zeitgrenzen klar dargestellt. Grafiken, Checklisten, Übersichten und zahlreiche Beispiele erleichtern es dem Leser, sich die Thematik zu erarbeiten. Neben den rechtlichen Grundlagen werden auch ganz praktische Probleme, wie z. B. das Erkennen von Manipulationen an digitalen und analogen Kontrollgeräten oder Schaublättern, erläutert.

### DIE AUTOREN

**Detlef Salentyn**, *Polizeihauptkommissar a. D., vormals PP Essen.*  
**Thomas Andres**, *Polizeihauptkommissar, Zentrale Verkehrspolizeiliche Dienste, Saarland.*



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH · Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270

vdv.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

aufgrund einer Erkrankung zeitweilig desorientiert war, per Bus zu einer Behindertenwerkstatt fahren, wo er aber nie ankam. Nach der eingegangenen Vermisstenanzeige ermittelte die Polizei intensiv. Auch als Mantrailer ausgebildete Hunde wurden hinzugezogen, jedoch gab es keinen Hinweis auf seinen Aufenthaltsort.

Die Spurensuche durch diese Sniffer Dogs steht in Deutschland noch am Anfang, ist aber auch umstritten. Die Ergebnisse der Hundeführer stoßen in Gerichtsprozessen als Beweismittel immer wieder auf Vorbehalte bei Richtern. Der Direktor des Instituts für Rechtsmedizin, Prof. Dr. Klaus Püschel, Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, stellte jedoch gleich zu Beginn klar, „Gerichtsmediziner brauchen auch ihre Nase, aber die Riechleistung einer Hundenasen ist außergewöhnlich und für den Menschen unvorstellbar.“

Mantrailer genießen in der Hamburger Polizei einen großen Stellenwert. Beispielsweise bei der Gefahrenabwehr oder der Suche hilfloser Personen im ländlichen Raum, so der Polizeivizepräsident der Hansestadt, der Leitende Kriminaldirektor Reinhard Fallak, zu Beginn der Fachtagung. Dabei werden bei Einsätzen nicht nur in der Polizei ausgebildete Hunde angefordert, sondern auch Hundeführer der Rettungshundestaffel des Deutschen Roten Kreuzes oder Privatpersonen mit ihren ausgebildeten Tieren. Die Personenspürhunde werden im Unterschied zu sogenannten Fährtenhunden auch in Gebäuden und auf bebauten Flächen eingesetzt. Für diese anstrengende Aufgabe geeignet sind viele Hunderassen – Schweißhunde, Deutsch-Kurzhaar oder auch Golden Retriever.

### Mantrailer unterscheiden verschiedene menschliche Gerüche

Das sogenannte Mantrailing setzt sich aus den englischen Wörtern „man“ (Mensch) und „to trail“ (verfolgen) zusammen. Der Unterschied zu anderen Suchhunden wie Rauschgift- oder Sprengstoffsuchhunden sei, dass der Mantrailer verschiedene menschliche Gerüche voneinander unterscheiden könne und sich trotz vieler „Ablenkungsdüfte“ ausschließlich an den Geruchsmerkmalen der gesuchten Person orientiere, erläuterten die Fachexperten. Dabei wird zum Beispiel ein

Kleidungsstück des Gesuchten dem Hund vor die Nase gehalten, damit er die Fährte aufnehmen kann. Der Personensuchhund nimmt dabei Geruchsstoffe wahr, die sich auf Hautschuppen befinden, die alle Menschen in großen Mengen in jeder Minute verlieren wie Steroide und Pheromone. Die Hautschuppen selbst sind nach etwa 36 Stunden abgebaut.

Bei der Suche gehe es also um die individuellen Duftstoffe einer Person, erklärt Carola Fischer-Tenhagen von der Tierklinik der Freien Universität Berlin, die sich wissenschaftlich mit dem Hundetraining beschäftigt. Dabei sei die Qualität des Geruchsträgers entscheidend für den Verlauf der Suche.

Besonders hilfreich für die Polizeiarbeit ist, dass der Hund ein Duftgemisch selektiv wahrnehmen kann. Das heißt, er kann Teilkomponenten analysieren, diese Duftinformationen im Gedächtnis speichern und später sicher wiedererkennen, wie die Experten erläuterten. Selbst in dem Gewirr der menschlichen Gerüche in Fußgängerzonen und Flughäfen kann er die e i n e Spur herausfinden. Auch einen oder zwei Tage später, manchmal sogar noch nach einer Woche, sind sich die Fachleute des Symposiums einig. Denn der individuelle Geruch des Menschen ist für den Mantrailer wie ein Fingerabdruck.

Zwei bis drei Jahre dauert es, bis man sich auf einen Mantrailer-Hund verlassen kann. Dafür müssten die Hunde regelmäßig trainieren, sagt die ehrenamtlich arbeitende stellvertretende Leiterin der Rettungshundestaffel Hamburg Altona und Mitte, Dr. Christine Schüler, die einen großen Anteil daran hat, dass dieses erstmalig durchgeführte Symposium für Odorologie im Diensthundewesen veranstaltet wurde.

### Aufgeschütteltes Kissen führte in die Irre

Dass der Einsatz von Personensuchhunden auch Tücken hat, aus dem entsprechende Lehren gezogen werden, zeigte ein Beispiel, das Polizeihauptkommissar Volker Brandt, Leiter der Zentralstelle Diensthundewesen der Thüringer Polizei, schilderte. In dem dargestellten Fall wurde ein an Demenz erkrankter, aus einem Heim entwichener Mann gesucht. Der angeforderte Hundeführer ließ das Tier am Kopfkissen des Vermissten schnüffeln, um typische Geruchsmerkmale

aufzunehmen. Der Hund nahm die Spur auf und endete jedoch bald an der nächstgelegenen Bushaltestelle. Auch ein erneuter Versuch stockte an diesem Ort. Später stellte sich heraus, so Brandt, dass eine Servicekraft des Hauses bereits vor dem Eintreffen der Polizei das Kissen des Mannes in dem Zimmer aufgeschüttelt hatte. Die Mitarbeiterin war am Morgen mit dem Bus zur Arbeit gekommen. „Wichtig ist also, so die gewonnene Erkenntnis, stets Gegenstände zu nutzen, die nur die Zielperson angefasst oder genutzt hat“, betonte der Kriminalist, nach dessen Angaben in Thüringen seit 2004 eine Mantrailing-Ausbildung absolviert wird.

### Unter 100 Kandidaten ein Hund tauglich

Die meisten Hunde übrigens kauft die Polizei im Alter von ein bis zwei Jahren. Unter 100 Hunden findet sich

Anzeige

**AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont**

Spezialklinik für Verhaltenstherapie  
Akademisches Lehrkrankenhaus  
der Medizinischen Hochschule Hannover

**Chefarzt:**  
Prof. Dr. med. Dipl.-Psych.  
Rolf Meermann

Die AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont ist inmitten des landschaftlich sehr reizvollen Weserberglands gelegen.

Nach unserem Motto „Hörden - nicht behandeln lassen“ hören wir unsere Patienten in einem auf die individuellen Bedürfnisse des einzelnen abgestimmten einzel- und gruppenpsychotherapeutischen Behandlungskonzept dazu an, „Experten“ für ihre eigenen Gesundheitsprobleme zu werden.

Behandelt werden alle Störungsbilder des psychiatrisch-psychosomatischen Fachgebietes sowie begleitende interistische, neurologische und orthopädische Erkrankungen. Schwerpunktlich handelt es sich dabei um:

- alle Formen von Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Adipositas)
- Depressionen
- Ängste
- Zwangsstörungen
- Burn-out-Symptomatik
- chronische Schmerzstörungen
- posttraumatische Belastungsstörungen
- nicht-organische Schlafstörungen

**Kostenträger:**  
Polizei, DRV, Beihilfe, Krankenkassen, Private Krankenversicherer, Bundeswehr.

Wir sind im Vorfeld einer stationären Aufnahme gerne bereit, Sie hinsichtlich notwendiger Kostenübernahmebeantragungen umfassend zu beraten.

Nehmen Sie gern Kontakt auf mit unserer freundlichen Aufnahmesekretärin Frau Franz unter der kostenlosen Service-Telefonnummer 0800/619-0666 oder per E-Mail unter: p@pyrmont.ahg.de

Sie finden uns im Internet unter: [www.ahg.de/pyrmont](http://www.ahg.de/pyrmont)

Anschrift: Bombergalerie 10, 31812 Bad Pyrmont



## DIENSTHUNDE

nach den Erkenntnissen von Fachleuten bei der Eingangsprüfung maximal einer, der für den Polizeidienst tauglich ist. Vor allem auf Mut komme es an. Der Hundeführer müsse sich auf seinen Hund genau wie auf einen menschlichen Kollegen verlassen können. Der Hund lerne bei der Ausbildung, dass er einen Menschen, der ruhig stehenbleibt und nicht wegläuft, nur verbellen und keinesfalls angreifen darf. Heute werden in Deutschland Tausende Hunde bei der Polizei eingesetzt, in den unterschiedlichsten Bereichen.

Ein Polizeihund wird durch seinen eigenen Hundeführer unter Anleitung eines sogenannten Abrichtelehrers ausgebildet. Die Grundausbildung dauert etwa 70 Tage. Sie umfasst das gezielte Aufspüren von Beweismitteln, das Verfolgen von Täterfährten, das Aufspüren von versteckten Personen, die Verfolgung und das Festhalten flüchtender Täter, die Abwehr von Angriffen auf den eigenen Hundeführer sowie unterschiedliche Gehorsamsübungen. Hunde, die einen besonders ausgeprägten Spiel- und Beutetrieb haben, werden danach in ungefähr drei Monaten zum Spürhund „qualifiziert“. In der Gewöhnungsphase werden Rauschgift, Sprengstoff oder andere Geruchsproben so verpackt, dass

der Hund gefahrlos damit spielen kann. Über diese Übungen gewöhnt sich der Hund an den Geruch des verpackten Gegenstandes und bringt diesen immer mehr mit dem Spielzeug in Verbindung. Dann wird der Hund mit allen möglichen Verstecken vertraut gemacht, damit er möglichst viele Situationen, die im Einsatz auf ihn zukommen können, schon einmal erlebt hat.



Der Hund als Kollege im Polizeidienst ist stark im Kommen.

Foto: Rainer Jensen/dpa

### Bundesweit einheitliche Ausbildungsstandards angeregt

Das Fazit des Symposiums war sehr positiv. Mit-Organisatorin Dr. Schü-

ler sagte abschließend: „Alle Hundexperten haben sich an einen Tisch gesetzt und miteinander ausgetauscht. Und damit hoffentlich die Tür geöffnet für weitere solcher professionellen Gespräche. Festzustellen bleibt zugleich, für den Einsatz von Personenspürhunden gibt es Bedarf und Interesse.“ Die Diskussionen hätten zudem gezeigt, dass bei der Polizei ein gewisser bundesweit einheitlicher Standard bei der Ausbildung festgeschrieben werden sollte. Gleiches gilt auch für private Personen, die ihre Hunde für Ermittlungen anbieten. Auch eine Dokumentation der Einsätze der Hunde und ihrer Erfolge wird als wichtig erachtet.

Generell wurde deutlich, das Mantrailing ist eine verlässliche Methode zur Aufklärung von Straftaten, auch, wenn die wissenschaftliche Beschreibung der genauen Vorgänge im Geruchsorgan des Hundes noch nicht abschließend gelungen ist. Die praktische Arbeit zeigt jedoch, dass es funktioniert – und nicht nur bei den Ermittlungen im Bereich der Kapitalverbrechen.

Der Spürhund kann praktisch an jedem Ort, bei jeder Witterung und bei allen Lichtverhältnissen eingesetzt werden. Von Tätern verwendete Mittel wie Sprays oder Reizstoffe können die empfindliche Hundenasen nicht täuschen. Selbst in Folie oder Gummi eingeschweißte Stoffe nimmt er wahr. Deshalb werden diese vierbeinigen Spezialisten bei der Polizei gebraucht.

## Reise & Erholung

**wasser-craft**  
rafting canyoning oetzal

**Sommer Abenteuer bei uns**  
**TOP ANGEBOT**  
Canyoning & Raftingtour,  
1x grillen am Lagerfeuer und  
2 ÜF / Pension DU-WC  
Preis pro Person ab € 157,-

office@rafting-oetzal.at  
www.rafting-oetzal.at  
Telefon: 0043 5252 6721

**THAILAND** [www.royalsiamgolf.de](http://www.royalsiamgolf.de)  
(Ermäßigungen für Polizei u. a.)

**Bayerischer Wald**, komf. FeWo\*\*\*\* v. Kollegen  
ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax:  
0 99 41/7118, [www.ferienwohnung-gammer.de](http://www.ferienwohnung-gammer.de)

**MAURITIUS, LUXUSANLAGE VON PRIVAT**  
Ab € 76,- p. P. / Tag / HP, 0 21 58-40 08 05  
[www.mauritius-traumvilla.de](http://www.mauritius-traumvilla.de)

**Individualie Programm-**  
zusammenstellung und Betreuung  
Basik im Dorf kern am Wasser  
mit Chill-Out Wiese für  
gemütliches Bierchen am Abend.  
Eigene Zimmer an der Basik.  
Besuch der weltbekannt  
Area 57

Telefon: 0043 52526721  
Email: [office@wsg-rafting.at](mailto:office@wsg-rafting.at)  
[www.wsg-rafting.at](http://www.wsg-rafting.at)

**Franken** b. Bamberg, eig. Metzgerei.  
Menüwahl, Wald u. Berge, Lift, 75 Betten, DU/  
WC/TV, HP 5 Tage ab 145,- €. Tel. 0 95 35/  
2 41, [zur-sonne-urlaub.de/Prospekt](http://zur-sonne-urlaub.de/Prospekt) anford.

**Fehmarn/Ostsee**  
2-Raum-FeWo. für 4 Pers.,  
am Südstrand,  
50 m z. Promenade, Kabel-TV  
Preise gem. Saison  
**Telefon: 040/6784581**  
[www.fehmarn4family.de](http://www.fehmarn4family.de)

polizei-dein-partner.de



# „Die Hunde überraschen uns jedes Mal von Neuem“

## Hamburgs erste Ausbilderin für Mantrailer berichtet über Ihre Arbeit

**Sie betrat Neuland und wurde zunächst belächelt. Dr. Christine Schüler kam während eines Einsatzes des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) vor zehn Jahren zu der Erkenntnis, ein Personenspürhund hätte ihnen bei der Suche geholfen. Gesagt, getan. „Meine Tilly war dann von 2007 bis 2010 der erste und einzig geprüfte Mantrailer für den Großraum Hamburg“, erinnert sich die 54-jährige Allgemeinmedizinerin. Die ehrenamtlich arbeitende stellvertretende Leiterin der Rettungshundestaffel Hamburg Altona und Mitte hat einen großen Anteil daran, dass im September in der Hansestadt das erste Symposium für Odorologie im Diensthundewesen mit Teilnehmern aus allen Teilen Deutschlands stattfand. Am Rande der Fachtagung sprach Wolfgang Schönwald für DEUTSCHE POLIZEI mit Organisatorin Dr. Schüler über Polizeieinsätze, private Hundeführer und alternde Schnüffelnasen.**

**DP: Seit zehn Jahren trainieren Sie Hunde für das Mantrailing. Was fasziniert Sie an diesen Tieren?**

**Dr. Schüler:** Die Vielfalt der Arbeit mit Hunden, die wir als Menschen in der Teamarbeit nutzen können. Wir lernen viel von den Tieren, die uns in der intensiven Zusammenarbeit jedes Mal von Neuem überraschen, was sie alles können.

**DP: Zum Beispiel?**

**Dr. Schüler:** ... eine vermisste Person suchen mit Hilfe der Geruchsspur eines getragenen Kleidungsstücks, benutzten Taschentuchs oder Schlüsselbundes. Dabei ist ein im Mantrailing ausgebildeter Hund besonders geeignet für die Suche im Stadtgebiet, auf großen Plätzen oder in Gebäuden, auch auf längeren Strecken.

**DP: Wie stehen Sie zum Einsatz in der polizeilichen Ermittlungsarbeit?**

**Dr. Schüler:** Der Hund, denke ich, ist in der kriminalistischen Arbeit nicht mehr wegzudenken. Ich komme aus der Rettungshundearbeit, bin bei der DRK-Rettungshundestaffel organisiert und wurde in der Vergangenheit auch zur Aufklärung von Straftaten eingesetzt. Damals gab es noch keine Polizei-Mantrailer hier in Hamburg. Für mich waren diese Einsätze aber immer auch sehr zwiespältig, weil ich letztlich zu dem Ergebnis, was ich mit meinem Hund erreicht habe, eine Aussage machen musste, die für gewisse Personen

weitreichende Konsequenzen hatten.

**DP: Wo steht Deutschland nach Ihrer Einschätzung bei der Nutzung dieser tierischen Fähigkeiten?**

**Dr. Schüler:** Beim Einsatz von Personenspürhunden noch ganz am Anfang. Wir brauchen, egal ob im Polizei- oder Rettungsbereich, auf alle Fälle dringend bundesweit einheitliche Minimalstandards. Wenn wir sagen können, der Hund kann nachweisbar dies und jenes, dann können wir davon ausgehen, dass das Team über das notwendige Wissen verfügt, um bestimmte Einsatzlagen zu bewältigen. Und dann auch noch erfolgreich, wenn es möglich ist.

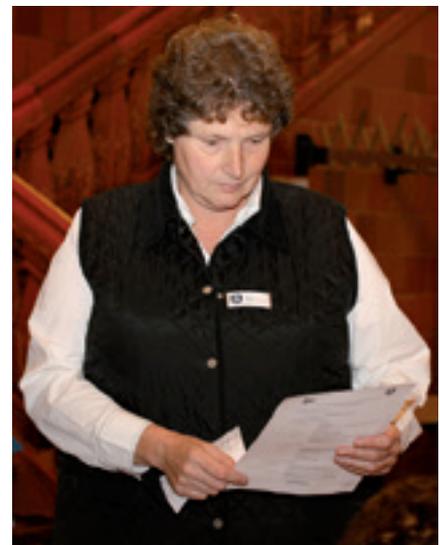
**DP: Bei der Fachtagung wurde oft über private Mantrailer gesprochen, die genutzt werden, weil die Polizei selbst nicht über genügend ausgebildete Hunde verfügt. Zugleich steht die Qualität dieser privaten Anbieter zum Teil in der Kritik. Wie sehen Sie die derzeitige Situation?**

**Dr. Schüler:** Die Arbeit einiger privater Hundeführer wird einerseits angezweifelt, weil einfach der Beweis fehlt, dass der Hund für diese Arbeit ausgebildet ist und es auch nachgewiesen hat. Andererseits sprechen Ermittlungsergebnisse, die dann zu Festnahmen von Tatverdächtigen und anschließenden Geständnissen geführt haben, für solide Arbeit der Privaten. Ich denke allerdings, dass kein Hundeführer, der in einen Polizeieinsatz geht,

also kriminalistisch arbeiten oder eine vermisste Person suchen muss, sich davor scheuen sollte, bestimmte Einsatzlagen auch unter Testbedingungen abzuarbeiten. Solange sich ein privater Hundeführer dazu nicht bereiterklärt, sollte alles jedoch, was er mit seinem Tier anbietet, hinterfragt werden.

**DP: Gerade bei der Suche nach Vermissten werden trotz aller anzutreffenden Vorbehalte Personenspürhunde erfolgreich eingesetzt. Warum?**

**Dr. Schüler:** Es gibt viele Wege, die Hunde auszubilden. Die Hundeführer



**Dr. Christine Schüler, ehrenamtliche stellvertretende Leiterin der Hundestaffel Hamburg Altona und Mitte. Foto: Silke van Hoorn**

können den Tieren das traditionelle Spurensuchen anlernen, aber ebenso neue Methoden wie die sogenannten Sprungtrails. Ich bin der Meinung, dass die Hunde viel mehr können, als wir ihnen zutrauen, auch wenn hierzu noch vielerorts Skepsis anzutreffen ist. Interessant finde ich den Weg, der in Schottland von der Organisation SARDA (Search & Rescue Dog Association Scotland) beschritten wird. Dort wird von Hunden verlangt, dass sie an jedem Ort, wo sich eine Person aufgehalten hat, eine Anzeige machen.



## DIENSTHUNDE

Dann brauche ich nicht über Kilometer trailen, sondern kann zum Beispiel von einer Kreuzung zur nächsten gehen und kann feststellen, mein Hund hat eindeutig Geruch. Das heißt, er zieht nicht ein bisschen an der Leine, sondern er signalisiert durch eine eindeutige Anzeige, ob Sitz, Platz, Bellen oder Vorstehen, ich habe die Spur. Das ist eine klare Aussage für den Hundeführer, aber auch den Ermittlungsführer. Damit können effektiv lange Strecken, mit Bushaltestellen oder Bahnhöfen, abgearbeitet werden, aber auch versucht werden eine Spur, die irgendwo plötzlich endet, wieder zu finden. Diese Art der Arbeit ist aber noch wenig verbreitet, viele Hundeführer nutzen Minimalsignale ihrer Hunde, die aber auch eher missverständlich sein können.

### DP: Mit welchem Fazit verlassen Sie dieses erste bundesweite Symposium zum Mantrailing?

**Dr. Schüler:** Die Fachtagung hat dazu geführt, dass sich endlich alle Hunde-Experten an einen Tisch gesetzt und miteinander ausgetauscht haben. Und damit hoffentlich die Tür geöffnet für weitere solcher professionellen Gespräche. Festzustellen bleibt zugleich,

für den Einsatz von Personenspürhunden gibt es Bedarf und Interesse.

### DP: Was könnte die Polizei nach ihrer Meinung mitnehmen?

**Dr. Schüler:** Auch dort sollte ein gewisser bundesweit einheitlicher Standard bei der Ausbildung festgeschrieben werden. Die Polizei hierzu-lande steht teilweise noch ganz am Anfang bei dieser Arbeit. Ich denke, die Mantrailer-Hunde werden künftig viel häufiger zur kriminalistischen Arbeit eingesetzt als bisher und zu ganz anderen Einsatzlagen hinzugezogen.

### DP: In der Vergangenheit wurde oft davon ausgegangen, dass Schäferhunde für diese Arbeit besonders geeignet sind.

**Dr. Schüler:** Die Frage ist, was möchte ich erreichen. Es gibt Leistungsunterschiede anhand der Nasenleistungen bei den Rassen. So kann der Schäferhund vielleicht bis zu 16 Stunden suchen, ein auf Schweiß gezüchteter Jagdhund 48 oder vielleicht 72 Stunden und der Bloodhound, dessen Nase erwiesenermaßen deutlich besser ist als andere, vielleicht noch länger. Die genannten Rassen sind nur ein Beispiel, selbstverständlich kommt noch die Qualität der Ausbildung hinzu. Ich

denke, dass verschiedene Hunderassen unterschiedliche Leistungen erbringen können.

### DP: Wie sind Sie eigentlich dazugekommen, sich mit diesem Thema zu beschäftigen?

**Dr. Schüler:** Ich bin mit Hunden groß geworden und schon früh mit meinem Vater, der ein Jagdrevier hatte, unterwegs gewesen. Habe dann lange Jahre unsere eigenen Jagdhunde ausgebildet. Somit war es später für mich selbstverständlich, mit den Hunden weiterarbeiten zu wollen. Da ich niedergelassene Ärztin bin, wuchs in mir die Überlegung, vielleicht kannst du medizinisches Wissen und Hundewissen kombinieren. Deshalb entschied ich mich für das Deutsche Rote Kreuz und habe dort mit einem Flächenhund angefangen. Dann hatten wir einen Einsatz, wo wir einen Mantrailer gebraucht hätten, den es damals aber in Norddeutschland noch nicht gab. Damit war mir klar, dass wird mein nächster Hund.

### DP: Wurden sie belächelt, als sie ihre neue Aufgabe publik gemacht haben?

**Dr. Schüler:** Ja, ich hatte eine sehr schweren Stand in der Hundestaffel.

## Kapitalmarkt

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

**0800 - 1000 500**

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.

Beamtenkredite erneute Zinssenkung Mai 2013

**4,50%** effektiver Jahreszins\*

Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtenkredite ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

**AK FINANZ**

Kapitalvermittlungs-GmbH  
53-11 Plankorn  
68159 Mannheim  
Fax: (0621) 175189-25  
Info@AK-Finanz.de

[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

\*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte 6.D.  
Außerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%. Bruttobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten- oder Restschuldsicherung.

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

# www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

**Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite**

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.

Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

**IFS Hans-Joachim Janke**  
Königswall 1 • 44137 Dortmund  
[www.ifs-janke.de](http://www.ifs-janke.de) • Tel. 0231/9 1451 45

**BARGELD** noch HEUTE!

Tel. 0201/22 1348

Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH Kredite von 1000–100 000

- Laufzeit bis 240 Monate
- ohne Auskunft bis 10 000

45127 Essen · Gänsemarkt 21  
[www.pecunia-essen.de](http://www.pecunia-essen.de)

**Caritas international**

www.caritas-international.de  
Spendenkonto 202 753  
Postbank Karlsruhe, BLZ 603 100 75

**Diakonie**  
Katastrophenhilfe

www.diakonie-katastrophenhilfe.de  
Spendenkonto 502 707  
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

**Diakonie**  
Katastrophenhilfe

[www.diakonie-katastrophenhilfe.de](http://www.diakonie-katastrophenhilfe.de)  
Spendenkonto 502 707  
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

**www.1a-Beamtenkredite.de**

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

**0800-040 40 41**

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

**Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung**  
Andreas Wendholz  
Prillai-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weselo

**NÜRNBERGER**



Es hieß damals, was soll das, brauchen wir nicht, können wir nicht ausbilden. Ich hatte zum Glück eine Kollegin in der Staffel, die einen zweiten Hund ausbildete. Und die Zahl der Einsätze in Hamburg nahm zu. In meinem härtesten Jahr wurde ich zu 52 Man-trailer-Einsätzen nach Vermissten angefordert – neben meinem Vollzeitjob als Ärztin.

**DP: Wie oft werden Sie heute angefragt?**

**Dr. Schüler:** In diesem Jahr bislang achtmal. Ich habe nur einen Hund, der aber zurzeit nicht für Einsätze gemeldet ist, weil ich mit seinen Leistungen nicht zufrieden bin, auch wenn er die DRK-Prüfung erfolgreich bewältigt hat. Von meinen beiden anderen Man-trailern ist einer pensioniert und der andere, ein Bloodhound, im Alter von elf Jahren verstorben. Er war acht Jahre lang als Polizeidiensthund in Amerika insgesamt 3.000 Einsätze gelaufen und hat dann hier für das Rote Kreuz noch zweieinhalb Jahre nach Vermissten gesucht.

**DP: Wie lange können Hunde überhaupt diese Leistungen bringen?**

**Dr. Schüler:** Wenn sie physisch fit sind, können sie bis ins hohe Alter eingesetzt werden. Sie werden zwar langsamer, aber das ist wie bei den Menschen, ihre Erfahrungen sind viel größer.

**DP: Es gibt das Gerücht, dass die Hunde, wenn sie mal ihr professionelles Schnüffeln beenden, nicht mehr gut riechen können?**

**Dr. Schüler:** Dieses Gerücht ist falsch. Im Alter nimmt die Riechleistung nicht ab, sondern vielmehr zu, weil der Hund seine Erfahrung mit in die Waagschale werfen kann. Diese Tiere wollen auch noch weiter arbeiten. Ich mache mit meinem pensionierten Hund jeden Tag noch Nasenspiele, Riechübungen und ab und zu mal einen Trail. Das ist ihr Leben, das habe ich ihnen beigebracht. Deshalb kann ich nicht einfach sagen, jetzt ist Schluss.

Danke für das Gespräch.

## Delegiertentage in Schleswig-Holstein und Niedersachsen

**Noch vor dem Jahresende trafen sich die Delegierten der GdP-Landesbezirke Schleswig-Holstein und Niedersachsen um neben der politischen Agenda der nächsten vier Jahre auch über ihre Vorstände zu entscheiden.**

Am Weissenhäuser Strand wählten Anfang November die schleswig-holsteinischen Delegierten des 30. Lan-

desgewerkschaftstages den 55-jährigen Manfred Börner als Nachfolger des bisherigen Chefs Oliver Malchow, der

im Mai das Amt des GdP-Bundesvorsitzenden angetreten hatte. Börner, der seit 1993 stellvertretender GdP-Landesbezirksvorsitzender ist, leitet als Erster Polizeihauptkommissar die Polizeizentralstation Ratzeburg. Malchow, der 1997 das Amt des Vorsitzenden des nördlichsten GdP-Landesbezirks übernommen hatte, wurde mit lang anhaltendem Applaus verabschiedet.



Staffettenwechsel: Malchow gratuliert Börner zur neuen Funktion.

Foto: Thomas Gründemann



Wiedergewählt: Dietmar Schilff. Foto: GdP

### Niedersachse Dietmar Schilff eindrucksvoll bestätigt

Mit überwältigender Mehrheit bestätigten Ende November die Delegierten des 30. Gewerkschaftstages der GdP-Niedersachsen in Cuxhaven Dietmar Schilff im Amt des Landesbezirksvorsitzenden. Der 51-jährige Polizeihauptkommissar aus Braunschweig steht seit 2011 an der Spitze seines Landesbezirks. Im Mai 2013 wurde er zudem zum stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden gewählt.

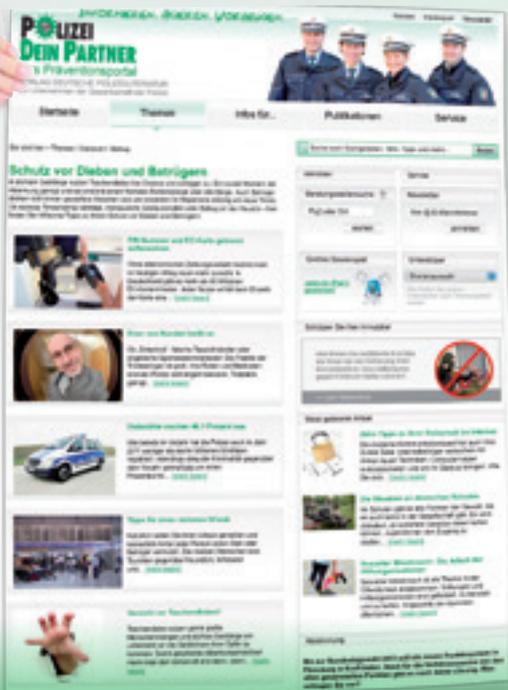
Schilff dankte den Delegierten für das große Vertrauen und zeigte sich nach seiner Wiederwahl entschlossen, weitere Verbesserungen für die niedersächsischen Polizeibeschäftigten zu erreichen. Es gebe, so Schilff zu den Delegierten, noch manches zu tun.

MiZi



# Sicherer leben

Das Präventionsportal **PolizeiDeinPartner.de** bietet allen Bürgern, Unternehmen, Institutionen und Behörden die Möglichkeit, sich online über einzelne Themenbereiche der kriminalpolizeilichen Prävention umfassend zu informieren.



## Breit gefächerte Themengebiete, z. B.:

- Diebstahl und Betrug
- Gewalt und Missbrauch
- Internet und Mobilfunk
- Sicheres Gebäude
- Verkehrserziehung und -sicherheit
- Zivilcourage



## Zielgruppenorientierte Gliederung:

- Autofahrer und ÖPNV-Nutzer
- Gewerbetreibende
- Kinder und Jugendliche
- Eltern, Lehrer und Erzieher
- Mieter und Eigentümer
- Urlauber

Und viele mehr.

## Umfangreicher Zusatz-Service:

- Viele nützliche Links und Downloads
- Monatlicher Newsletter
- Kriminalpolizeiliche Beratungsstellen
- Bußgeldrechner

# www.PolizeiDeinPartner.de

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

## POLIZEI DEIN PARTNER

Das Präventionsportal

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon 0211/7104-0, Telefax 0211/7104-174  
av@vdpolizei.de, www.vdpolizei.de



# Auslandseinsatz der anderen Art

**Dass Polizisten ein untrügliches Bauchgefühl für Situationen besitzen, in denen Straftaten eine Rolle spielen könnten, ist ja beileibe keine Märchen. Einen Beweis dafür lieferte GdP-Kollege Mathias Lippold, der der Redaktion DEUTSCHE POLIZEI sein vielleicht „nicht“ schönstes Ferienerlebnis erzählte:**

Ende Juli unterwegs auf der spanischen Ferieninsel Teneriffa steuerte Kollege Lippold samt Familie mit einem Mietwagen einen schön angelegten Bade-Park im Inselstädtchen Santa Cruz an. Nach Schwimm- und Sonnenspaß auf dem Weg zurück zum Parkplatz bemerkte er, dass eine männliche Person die hintere Wagentür des Miet-Fiat-Panda öffnete. Ein weiterer unmittelbar in der Nähe stehender Mann, schien die Situation zu beobachten. Ein kurzer Blick auf das Kennzeichen genügte und Lippold schrie den mutmaßlichen Einbrecher an: „What are you doing here? This is our car?“

Der Mann indes versuchte zu fliehen, doch Lippold klemmte ihn gedankenschnell wie kurz entschlossen mit der Tür ein und umklammerte ihn. Während er nach der zuständigen Polizei rief, verständigte seine Frau einen Sicherheitsmann, der wiederum die Polizei alarmierte.

Bevor die kanarischen Kollegen nach etwa zehn Minuten den Tatort erreichten, mühte sich der Einbrecher nach Kräften, sich aus dem festen Griff Lippolds zu befreien. Zudem flehte er den Kollegen an, die Polizei nicht zu rufen. Doch der Deutsche behielt die Kontrolle, erklärte dem Täter, dass er es mit einem Polizisten zu tun hätte und man nun zusammen auf die Polizei warten würde. Der zweite Mann unterdessen war zum Vorteil Lippolds wohl sichtlich überrascht und vermochte weder zu fliehen noch seinem Ganovenkollegen zu helfen. Am Ende wurde auch er von der „Policía“ festgenommen.

## Hablamos español?

Später auf der Polizeistation dominierten die Sprachbarrieren. Selbst ein Übersetzungsservice per Telefon funktionierte eher schlecht als recht.

Lippold: „Nach dem Ausfüllen eines Vordrucks, der noch den Jahresauf-

druck 19xx enthielt, wies ich den mir zugewiesenen Beamten darauf hin, dass an der Fensterscheibe der aufgebrochenen Tür Fingerabdruckspuren des Täters zu finden seien. Das könne doch ein wichtiger Beweis sein ....“ Der Kollege verwies ihn nach kurzem Stirnrunzeln an die Polizeidienststelle seines Urlaubsortes. Dort sollte er sich und das Fahrzeug vorstellen. Schon am frühen Morgen riefen die dortigen Kollegen an: ob er denn in einer Stunde auf dem Revier erscheinen könnte? Eine Kollegin machte dann dort etwa eine Stunde lang eine intensive Spurensicherung und dokumentierte die Schäden. Vermutlich hatte der Täter den Schließzylinder der Autotür mit einem einfachen Schraubendreher aufgehebelt. Gestohlen wurde nichts. Bevor der Täter zum Zuge kam, war Lippold ja bereits am Auto. Zudem hatte die Familie ihre Wertsachen am Mann.

Auf Lippolds Nachfrage bejahte die heimische Kripo-Kollegin seine Frage, ob das ausgestellte Polizei-Protokoll auch für die Mietwagenfirma ausreichend sei. Lippold: „Da darauf aber keine Nummer der Anzeige zu erkennen war und lediglich meine eigenen Angaben darauf standen, ging ich am nächsten Abend nochmals am Revier vorbei und bat um Hilfe.“ Erst dann und mit der Hilfe eines der englischen Sprache mächtigen Kollegen wurde endlich eine Anzeige aufgenommen, die auf den Tatort-Angaben der Kollegen aus Santa Cruz basierte.

Wenig später bat ihn die Kripo-Kollegin noch, als Zeuge bei einer Gerichtsverhandlung aussagen; vorausgesetzt diese würde noch innerhalb seines Urlaubs stattfinden. Lippold: „Für diesen Fall sollte ich doch bitte ständig erreichbar sein.“

## Gemischte Urlaubsgefühle

Ein solcher Vorfall bleibt vor allem der Familie nicht in den Kleidern hängen. Gemischte Urlaubsgefühle ließen

nicht lange auf sich warten. Und es sollte noch übler werden. Lippold war nicht davon ausgegangen, dass es beim Tausch des Mietwagens irgendwelche Probleme geben könnte. Schließlich war man ja versichert. Er sollte sich täuschen, denn die Autovermietung verlangte, dass er den entstandenen Schaden aus eigener Börse begleicht.

So überließ ihm der zuständige Schalter-Mitarbeiter der am Flughafen gelegenen Mietstation erst dann einen Tauschwagen, als Lippold 210 Euro für



Zu Gast bei CSI Teneriffa.

Foto: M. Lippold

einen neuen Schließzylinder gezahlt hatte. Immerhin bekam er aber noch den Hinweis, dass er den „Fall“ nach seiner Rückkehr nach Deutschland melden und vortragen könne.

## Bislang keinen Cent

Der dann zuhause gegenüber dem Auto-Vermieter gegebene Hinweis, dass Lippold nicht der Verursacher des Schadens war, den Einbrecher höchstpersönlich dingfest machte, er ihn der Polizei aushändigte, der Täter verhaftet wurde, dessen Personalien festgestellt und er arretiert wurde, blieb für den GdP-Kollegen finanziell leider folgenlos. Lippold: „Auf das Geld warte ich bis zum heutigen Tag.“

MiZi/ML



# Was der Wasserschützer können muss

**In der Tat reifte die Überlegung, nach Hamburg zu fahren, um dort auf der ehemaligen Elb-Insel Steinwerder die Wasserschutzpolizeischule zu besuchen, schon seit geraumer Zeit. Anfang September war es so weit. Die amtierende Schulleitung, voran der Leitende Polizeidirektor Hermann Martin und sein Stellvertreter, Polizeioberrat Frank Möller, begrüßte den GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow, Rüdiger Seidenspinner, im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand für die Wasserschutzpolizei zuständig, Gerhard Kirsch, Vorsitzender der GdP Hamburg, Dierk Stahl, Vorsitzender des GdP-Bundesfachausschusses Wasserschutzpolizei sowie Hans Jürgen Marker, GdP-Bundesgeschäftsstelle.**

Zunächst gab Schulleiter Martin den Gästen einen Überblick über die Schule selbst und das, was dort erlernt werden kann. Und dies ist eine ganze Menge. Das Angebot umfasst alles, was ein Wasserschützer im Hinblick auf sein Boot und seine eigentliche, polizeilich hoch spezialisierte Aufgabe in der Praxis beherrschen muss. Erstes Beispiele: Mit dem sogenannten Radarpatent erwerben die Absolventen die Befähigung, ein Polizeiboot quasi

in der dort geforderten praktischen Prüfung seine Radaraufgabe bestanden hat, ahnt vielleicht, wie viel mehr ein Wasserschutzpolizist hinsichtlich Bootsführung befähigt sein muss, um ein solchen Manöver sicher ausführen zu können, unabhängig davon, ob das Manöver auf dem Rhein oder in der Deutschen Bucht bei dickem Wetter gefordert wird.

Zweites Beispiel: Von Zeit zu Zeit entnehmen auch Landratten den Me-

kaum zu verhindern. Daher müssen bestimmte Schiffe über Ölabscheider an Bord verfügen. In diesen wird das Wasser wieder gereinigt und die Schadstoffe werden getrennt gesammelt. Das gereinigte Wasser darf dann nach außenbords abgepumpt werden. Soweit zur Theorie. In manchen Fällen ist aber der Schmutztank voll, oder die Anlage defekt. In solchen Fälle ist es hilfreich, wenn ein kontrollierender Wasserschutzpolizist das Wesen einer solchen Anlage kennt und bei der Kontrolle leicht feststellt, dass die Anlage überhaupt nicht betriebsfähig ist.

### Musterbeispiel für kooperativen Föderalismus

Die Wasserschutzpolizeischule Hamburg ist eine gemeinsame Einrichtung der Länder. Sie verfügt derzeit über einen Lehrkörper von zwölf Beamtinnen und Beamten. Ein Kuratorium, eine Art Aufsichtsrat, überwacht den ordentlichen Betrieb. Insofern kann man Schulleiter Martin nur zustimmen, wenn er sagt, die Schule sei ein Musterbeispiel für kooperativen Föderalismus.

Von den rund 3.000 Wasserschutzpolizisten, die in der deutschen Polizei beschäftigt werden, besucht rund die Hälfte der Kolleginnen und Kollegen statistisch gesehen einmal pro Jahr die Schule. Allein für 2014 sind bereits sieben dreimonatige Lehrgänge geplant.

Die GdP-Abordnung besuchte die Einrichtung nicht nur wegen der Fahr-Simulatoren, die mit Echtzeit-Daten vorbeifahrender Schiffe arbeiten können, sondern auch, weil immer wieder Kritik aufkommt, beispielsweise wegen der Störungen durch Baulärm.

Die Gebäude sind laut Schulleitung insgesamt in die Tage gekommen und es besteht die dringende Notwendigkeit, sowohl Unterkünfte als auch Funktionsbereiche in einen zukunftsfähigen Stand versetzen zu müssen. Man habe im vergangenen Jahr die Masse der Bauarbeiten in lehrgangsfreien Zeiten durchgeführt, war aber nicht auf davon abweichende Zeitdispositionen der Baufirmen vorbereitet, sodass ein Teil der Lehrgänge während der Bauphase stattfinden musste. In dieser Zeit habe sich aber eine fruchtbare Kooperation mit einer



**Angeregter Erfahrungsaustausch: v.l.n.r. Gerhard Kirsch, Dierk Stahl, Oliver Malchow, Rüdiger Seidenspinner, Hermann Martin, Frank Möller. Foto: Marker**

blind, also nur mit Blick auf dem Radarbildschirm steuern zu dürfen. Die Feinheiten dieser Kunst bestehen auch darin, nur mit diesem Hilfsmittel an einem fahrenden Schiff zu Kontrollzwecken längsseits zu gehen und an diesem festmachen zu können. Wer als Hobby-Skipper den Sportseeschifferschein erfolgreich absolviert hat und

dien, dass wieder einmal ein Dampfer sein Bilgenöl auf offener See abgepumpt hat. Nun, die Entstehung von Bilgenöl, also Wasser, das sich an den untersten Stellen von Schiffen sammelt und teilweise mit mehr oder weniger schmutzigen, festen und flüssigen, wasserunreinigenden Stoffen beziehungsweise Öl vermischt hat, ist



nahe gelegenen Bundeswehreinrichtung ergeben, die bis heute andauert. Für künftige Baumaßnahmen habe man aus den bisherigen Erkenntnissen gelernt und wolle Belastungen möglichst schon im Vorfeld ausschalten.

Weiteres Thema war die Doppelbelegung, also die Unterbringung von zwei Personen in einem Zweibett-Zimmer beziehungsweise die „Hamburger Spezialität“: zwei Einzelzimmer mit zwischengeschalteter Nasszelle, die sich die beiden Zimmer teilen müssen oder die wenigen Zimmer, die über keine Dusche verfügen und den Gang über den Gang abverlangen.

Diese Probleme, so versicherte die Schulleitung, werden meist mit Belegung durch Heimschläfer umgangen. In den wenigen Fällen, in denen das nicht gelingt, konnte aber schon immer eine zufriedenstellende Lösung herbeigeführt werden.

Das letzte Thema war mit etwas mehr Tiefgang – um beim nautischem Vokabular zu bleiben – versehen. Es ging um altersgerechte Unterrichtsformen für die Teilnehmer der diversen Lehrgänge und Seminare, die sich – je nach Thema – aus allen Altersgruppen zusammensetzen können sowie um die alles dominierende Frage, ob es denn Sinn mache, gewisse Lehrgänge mit einer Prüfung abzuschließen.

In dieser Frage war man sich schnell darüber einig, dass bei den meisten Lehrgängen eine Prüfung unabdingbar sei. Gerade am Beispiel des Radar-Lehrgangs sollte jedem klar sein, dass der oft zitierte „Biertrinkerlehrgang“ an dieser Stelle völlig falsch platziert wäre. Immerhin gehe es um Leben und Gesundheit der Besatzung, gegebenenfalls auch einer fremden Besatzung und nicht zuletzt um etwa 1,5 Millionen Euro, die einfach zu viel seien, um damit Schiffe versenken zu spielen.

Im Hinblick auf die Befähigung des Lehrpersonals sind die Länder gefordert. Es liegt in ihrer Verantwortung, geeignete Lehrer nach Hamburg abzuordnen, die nicht nur inhaltlich topfit sind, sondern auch das erforderliche pädagogische Handwerkzeug mitbringen.

Zu Besuchsende zeigte sich die GdP-Delegation zuversichtlich, dass die zentrale Ausbildung an einer gemeinsamen Einrichtung der Länder seinerzeit eine gute Idee war, die hervorragend funktioniert und Wasserschutzpolizisten ausbildet, die ihr Handwerk bestens verstehen.

**Hans-Jürgen Marker**

## Neue Entgeltordnung Bund tritt am 1. Januar in Kraft

In der Oktoberausgabe DEUTSCHE POLIZEI sind bereits einige wesentliche Eckpunkte der am 5. September erzielten Tarifeinigung für die Entgeltordnung Bund (EGO Bund) erläutert worden. Die Erklärungsfrist lief am 24. Oktober ab. Damit tritt die von den Tarifvertragsparteien ausgehandelte Vereinbarung zum 1. Januar 2014 in Kraft.

Für die Beschäftigten am wichtigsten ist zunächst, dass die Überleitung in die EGO Bund unter Beibehaltung der bisherigen Eingruppierung für die Dauer der unverändert ausübenden Tätigkeit erfolgt und keine Neufeststellung stattfindet. Aufstiege mit einer Dauer von bis zu sechs Jahren im Bereich bis zur Vergütungsgruppe Vc/Vb werden mindestens der nächsthöheren Entgeltgruppe (EG) zugeordnet. Höhergruppierungen aufgrund der EGO Bund erfolgen aber nur auf Antrag und werden nicht stufengleich, sondern gemäß Paragraph 17 Abs. 4 TV-L wie bisher anhand des entsprechenden Entgeltbetrages durchgeführt. Die stufengleiche Höhergruppierung konnte jedoch ab 1. März 2014 für die unabhängig von der EGO Bund durchgeführten Höhergruppierungen durchgesetzt werden. Eine Mitnahme der Stufenlaufzeit wird noch von einer höchst richterlichen Entscheidung abhängig gemacht.

Die Paragraphen 22, 23 BAT (Eingruppierung und Eingruppierung in besonderen Fällen) sind lediglich redaktionell angepasst worden und besetzen nun die im Tarifvertragstext des TVöD-Bund fehlenden Paragraphen 12 und 13. Alle darüber hinaus gehenden Fragen der Eingruppierung sind im gesonderten Tarifvertrag Entgeltordnung Bund (TV EntgO Bund) geregelt worden, in dessen Anlage die Entgeltordnung Bund beigelegt ist.

Die EGO-Gliederung sieht je ei-

nen Allgemeinen Teil für den Verwaltungsdienst und für körperlich/handwerklich geprägte Tätigkeiten vor. Weiterhin gibt es vier Besondere Teile für besondere Beschäftigtengruppen (Bundesverteidigungsministerium, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und Bundesinnenministerium). Innerhalb der Besonderen Teile wird nicht mehr zwischen Arbeitern und Angestellten unterschieden. Die „Sonstigen Beschäftigten“ bleiben inhaltsgleich mit der Begrifflichkeit, die in der Vergütungsordnung BAT verwendet worden ist. Es wurden Bereiche neu strukturiert, wie der IT-Bereich, der in der Eingruppierung den Ingenieuren angepasst worden ist.

Die Vergütungsgruppenzulagen, die jetzt als Entgeltgruppenzulagen bezeichnet werden und sofort „fällig“ sind, werden somit auf einem niedrigeren Niveau ausgezahlt.

Ein großer Schritt ist mit der Trennung der „kleinen“ und „großen“ EG 9 gemacht worden. In der Entgelttabelle wird es statt einer Zeile für die „gesamte“ EG 9 zwei Zeilen geben – eine Zeile für die kleine EG 9 (jetzt 9a) und eine weitere für die große EG 9 (jetzt 9b). Bei letzterer verbleibt es bei den bisherigen Tabellenentgelten, bei der 9a gibt es einen geringfügigen materiellen Zugewinn sowie reguläre Stufenlaufzeiten.

Bei den allgemeinen Tätigkeitsmerkmalen sind einige neu gefasst (EG 5 bis 9a = zusätzliche Tätigkeitsmerkmale für Beschäftigte mit abgeschlossener mindestens dreijähriger Berufsausbildung und entsprechender Tätigkeit; EG 9b bis 12 = zusätzliche Tätigkeitsmerkmale für Beschäftigte mit Fachhochschul-/Bachelor-Abschluss und entsprechender Tätigkeit).

**Michaela Omari**



## Angemerkt

Dezember, Weihnachten, Jahresende, Bilanz, Dank. Und Wünsche an das neue Jahr. Das sind die Stichworte für die nächsten Wochen.

Dezember – Die Tage sind kürzer, das Leben wird einfach ein bisschen langsamer. Es ist die Zeit im Jahr, die uns inne halten und nicht nur an uns

denken lässt. Während ich das jetzt schreibe, steht uns in meinem Dorf ein schwerer Gang bevor. Das Seelenamt für ein neunjähriges Mädchen, das beim Überqueren eines Bahnüberganges vom Zug erfasst und tödlich verletzt wurde. Ein schreckliches Unglück.

Weihnachten, das Fest der Liebe. Da gehören Lichterketten, Kerzen und Tannenduft dazu. Kerzen vertreiben die eisige Kälte vor den Fenstern

und wärmen unsere Seelen. Dieses Kind erlebt kein Weihnachtsfest mehr. Weihnachten ist auch Mahnung zum friedlichen Umgang. Uns bleibt nicht immer Zeit zur Versöhnung. Eine Kerze wird uns erinnern.

Jahresende, Bilanz. Haben wir in diesem Jahr unsere Ziele erreicht? Sicher nicht alle. Wir in der Seniorengruppe sind wieder ein Stück weiter gekommen auf dem Weg zu mehr Gerechtigkeit und Teilhabe am gewerkschaftlichen Leben. Wir haben einiges auf den Weg gebracht, das im nächsten Jahr entschieden werden soll.

## forum

### LESERMEINUNG

Fortsetzung von Seite 3

(kleinen) Bruchteil an der Gesamtkriminalität ausmacht, transferieren wir die Opferdaten in die PKS. Nahezu alle übrigen Opferzahlen werden in der PKS ausgeblendet. Das heißt, die Opferdaten zu Diebstahls-, Betrugs- und Sachbeschädigungsdelikten, die in der PKS 2012 über 66 Prozent aller Straftaten darstellen, bleiben unberücksichtigt. Um einen tatsächlichen Überblick über die Gefahren für unsere älteren Mitbürger zu erhalten, habe ich deshalb in unserem Vorgangsverwaltungssystem die entsprechenden Daten recherchiert und aufbereitet. Die hieraus resultierenden und aus meiner Sicht erschreckenden Erkenntnisse habe ich im Rahmen einer Studienarbeit niedergeschrieben. Meine Recherchen bezogen sich auf einen Schutzbereich, der für etwa 1,2 Millionen Einwohner zuständig ist und somit einen gewissen Anspruch an Repräsentativität zulässt. Waren mir die Ergebnisse „zu deutlich“ habe ich meine Recherche auf eine Datenbasis erweitert, die für deutlich mehr als zehn Millionen Einwohner eine Aussage erlaubt. „Leider“ haben sich die jeweiligen Ergebnisse aus der kleinräumigeren Betrachtung auch in der Fläche widerspiegelt.

Aus den Zahlenreihen ist ersichtlich, dass 41,9 Prozent (9.801 Geschädigte) aller Diebstahlsdelikte (einfache und schwere) zulasten der Alterskohorte 60+ gehen. Bei den Delikten der schweren Diebstähle gehören hierbei 40,7 Prozent aller Geschädigten (3.619 Personen) dieser Altersgruppe an. Beim einfachen Diebstahl aus Wohnungen sind die Seniorinnen und Senioren in fast einem Drittel der Fälle in der

Opferrolle. Beim Handtaschendiebstahl im „Kleinraum“ (Schutzbereich mit 1,2 Millionen Einwohnern) ist die Kohorte 60+ in 17,9 Prozent der Fälle geschädigt; die Vergleichszahl für den Großraum (Schutzbereich mit mehr als 12 Millionen Einwohnern) liegt mit 17,4 Prozent (4.527 Personen 60+) leicht darunter. Bei den Betrugsdelikten sieht es teilweise noch wesentlich drastischer aus; in dem Deliktfeld des Warenkreditbetrugs stellte die Gruppe der Älteren im Jahr 2010 sogar über 70 Prozent der Opfer (1.899 Mitbürger).

Lag die Opfergefährdungszahl (Opfer pro 100.000 Einwohner) der Generation 60+ im Bereich der Gewaltkriminalität unter dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung, ist sie bei den Diebstahls- und Betrugsdelikten über dem Durchschnitt angesiedelt. Während die Gesamtbevölkerung bei den Diebstahlsdelikten in 1.767,6 Fällen pro 100.000 Einwohner Opfer wurde, waren 2.952,4 der älteren Menschen in der Rolle der Geschädigten. Auch bei den Betrugsdelikten trägt die Gruppe 60+ mit 2667,8 Opfern pro 100.000 Einwohner die Hauptlast der Delikte, während der Gesamtschnitt der Bevölkerung bei 1.448,3 Fällen pro 100.000 Einwohner liegt.

Bei der Betrachtung dieser Zahlen sollte man nicht vernachlässigen, dass Betrugs- und Diebstahlsdelikte über die Hälfte aller bekannt gewordenen Straftaten darstellen. Gewaltkriminalität im Sinne der PKS hat hingegen einen Anteil von deutlich unter fünf Prozent an der Gesamtkriminalität. Zur Überschrift Ihres Artikels bleibt mir deshalb anzumerken: das Dunkelfeld

ist sicherlich schwer zu betrachten, aber wir könnten bereits beim Hellfeld besser hinschauen. Unsere Bürger(innen) haben/hätten es verdient.

**Michael Libionka,**  
Kreisgruppe Schweinfurt

Anzeige



**BRUNOX®**  
Waffenpflege ist  
- Lauffreinigung  
- Korrosionsschutz  
- und Schmierung

Erhältlich im guten Fachhandel / Info und Händlernachweis:  
BRUNOX Korrosionsschutz GmbH, Tel. 0841/ 961 2904; Fax / 961 2913



**THOMAS BROCKHAUS**  
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller  
Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.  
Inzahlungnahme möglich. % %  
Informieren Sie sich! % %  
**Telefon: (02207) 76 77** % %  
www.fahrzeugkauf.com

[www.polizeifeste.de](http://www.polizeifeste.de)

Alle Polizeifeste  
der GdP auf einen Blick!





Drei Konferenzen werden für uns wichtig sein: Die Bundes-senioren-konferenz Anfang März, bei der im Kern über den weite- ren Weg

Foto: privat

entschieden wird – wir stellen uns neu auf. Der DGB-Kongress im Mai hat die Chance, den rund 1,5 Millionen nicht mehr berufstätigen Mitgliedern das Stimmrecht zu geben. Der GdP-Bundeskongress im November wird für die Gesamtorganisation die Weichen in Richtung Zukunft stellen.

Immer mehr Rentner sind überschuldet. Altersarmut bekommt ein Gesicht. Menschen in einem reichen Land, einem Land, das unmoralischen Reichtum möglich macht und Armut zum Teil nach 50 Jahren Berufstätigkeit. Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Wirtschaftskriminalität und Finanzspekulation gefährden Staaten. Organisierte Kriminalität gefährdet unsere Gesundheit, unser Leben. All diese Bereiche müssen engagierter bekämpft werden.

Wie stabil ist unsere Demokratie? Wir sollten besorgt sein, wenn wir schon im Alltag nicht mehr in der Lage sind, kleine Konflikte friedlich zu lösen. Wenn ausgegrenzt und ausgeschlossen wird, wenn mit Schweigen getötet wird. „Früher hat man repariert, heute wird weggeschmissen.“ sagte kürzlich mein Sohn. Brücken bauen, aufeinander zugehen, Kräfte zusammenführen. Ich gehe nachdenklich in das neue Jahr. Das neue Jahr, das mich besorgt sein und trotzdem hoffen lässt, dass es ein gutes Jahr wird.

Es gilt Danke zu sagen all denen, die sich einer guten Sache verpflichtet fühlen und sich selbstlos engagieren. Sie finden ihre Zufriedenheit und Freude im Helfen. Das ist ihr persönliches Glück. Und vielleicht finden wir das Mehr im Weniger. Freuen wir uns auf das neue Jahr.

**Euer  
Anton Wiemers,  
Bundesseniorenvorsitzender**

## Acht Jahre Ruhestand – Erfahrungen und Einschätzungen zwischen Realität und Vision

**Man hört es immer öfter: „Ich freue mich auf meinen Ruhestand“. Auf einen „wohlverdienten“, wie es den Beamten immer wieder neidvoll vorgeworfen wird, von den Medien und den linken Sozialpolitikern. Aber lasst euch nicht verrückt machen. Die Pension hat auch was mit Schul- und Ausbildung, gekürzter Alimentation, Lebensleistung und Pflichterfüllung zu tun.**

Wir haben im Schnitt 30 bis 40 Jahre unseren Kopf rund um die Uhr für die innere Sicherheit hingehalten und Verantwortung getragen. Und wer Verantwortung trägt, muss auch Entscheidungen treffen. Und wer Entscheidungen trifft, braucht Herkunft, Haltung und Horizont, muss Standpunkte vertreten, Grenzen und Spielräume kennen und bestimmte Strategien verfolgen, Unserer Generation fiel es auch leichter, trotz allem Idealismus in den Ruhestand zu gehen, da es die Polizei, die wir kannten, nicht mehr gibt.

Außerdem sind wir mit 60 Jahren und mehr in einem Alter angelangt, wo man deutlich spürt, wie schnell die Zeit vergeht. Diese Restlebenszeit sollten wir sinnvoll nutzen. Und da gibt es mehrere Möglichkeiten, seinen Ruhestand individuell auszubalancieren.

### Gutes Gedächtnis muss vieles vergessen

Erstens: Man lässt sich hängen – länger schlafen, ausgiebig frühstücken, Tageszeitung bis mittags lesen, spazieren gehen und Frau oder Partnerin ärgern. Zweitens: Man pflegt seine Hobbys, die man sich schon manchmal in der Dienstzeit angeeignet hat, nimmt Kurse aller Art wahr, nutzt Volkshochschule, Seniorenzusammenkünfte, Vorträge politischer Parteien, treibt Ausdauersport, oder startet Kneipenbesuche. Drittens: Man strebt eine Funktion in der GdP-Seniorengruppe an (viel ehrenamtliche Arbeit) – man spricht sich mit seiner Frau ab und weckt ihr Interesse für diese Arbeit (durch Mitnahme zu auswärtigen Veranstaltungen, wo sie die netten Kolleginnen und Kollegen und die Arbeit kennenlernt) – man ist bereit, nach dem Einweisen haushaltsnahe Arbei-

ten ohne Murren zuverlässig zu übernehmen (anfangs keine Wohlfühlzone und für manchen absolutes Neuland).

Und wenn du dich entschieden hast, mach das Beste draus in der dir noch möglichen Weise – ohne die chronisch gewordene Hetze der Jungen. Denn die schadet nur Leib, Geist und Seele.

Das müsste möglich sein, denn im Ruhestand fallen der zeitraubende Ärger mit deinen Chefs und die oftmals künstlich produzierte Terminflut weg. Du musst geistig fit sein, das heißt ein gutes Gedächtnis haben, aber auch vieles vergessen, sonst reißt du dich zwischen den Fronten auf (der GdP-Arbeit und deinem Haushaltsvorstand). Die Sprüche deiner Chefs kanntest du ja zur Genüge, die Befehle deiner Frau werden dir erst jetzt so richtig klar, sind aber genauso gewöhnungsbedürftig. Meistens in der Mehrzahl formuliert, obwohl sie nur für dich bestimmt sind:

- wir müssen noch staubsaugen,
- wir müssen noch den Geschirrspüler ausräumen,
- wir müssen noch den Garten gießen,
- trödel nicht so rum, wir müssen noch zum Einkaufen und so weiter.

Aber trotz aller Mühen, die du mit einer GdP-Funktion im Ruhestand hast, möchte ich vor einem Rückzug aus diesem Bereich warnen. Es ist wichtig, dass wir in der Gesellschaft und in der GdP als „Oldies“ erkennbar bleiben und eine Innen- und Außenwirkung aufbauen. Und dann erreichen wir auch für uns die immer wieder geforderte volle Anerkennung.

Uns ist aber auch klar, dass man frühere Verhältnisse nicht mit heutigen Maßstäben messen kann. Aber viele Visionen von früher sind heute Realität. Aber wir wollen nicht auf der Stelle treten, bedeutungslos und



fremdbestimmt vor uns hinsiechen. Wir müssen uns in allen Ebenen einbringen in der sogenannten Solidargemeinschaft. Denn eine Gruppe wächst an denen, die sie in Frage stellen. Die Senioren müssen ein unerlässlicher Grundpfeiler in der Gesellschaft und der GdP bleiben.

Waren es doch wir, die mit ihrem Engagement am Aufbau der GdP zu

ihrer jetzigen Größe beigetragen haben. Eigentlich müsste man auf uns stolz sein.

Es ist doch nicht so, dass die neu hinzukommenden Alten die Gewerkschaftsstruktur verändern, sondern die fehlenden Jungen. Und mit den Alten können die Gewerkschaften doch einen höheren Legitimationsgrad und Repräsentationsanspruch für sich re-

klamieren. So, das war es erst einmal. Und so nebenbei bleibst du auch an aktuellen Themen dran, durch eine gute Informationskette und besonders dann, wenn der Sohn auch bei der Polizei ist. Und wenn das der Fall ist, kann es uns gar nicht so schlecht gehen. Deshalb lohnt sich unsere Arbeit auch.

Günther Klinger

## Erlebnisreiche Tage in Spanien – Bundesseniorenreise erneut nach Andalusien

Nach der Jubiläumsfahrt 2010 reisten GdP-Bundessenioren erneut nach Andalusien. Mit der Auswahl des 4-Sterne-Komforthotels Valentin Sancti Petri an der Costa de la Luz hatte die Service GmbH des GdP Landesbezirks Nordrhein-Westfalen wieder einen Volltreffer gelandet. 240 Reisetilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet erreichten mehr oder minder erschöpft das Hotel. Ein Haus, dies kann vorweg genommen werden, das alle Wünsche eines anspruchsvollen Urlaubers erfüllte.

Es gab dieses Jahr das besondere Angebot, zuvor an einer einwöchigen Rundreise unter dem Motto „Andalusische Impressionen“ teilzunehmen. Viele der dabei gewesenen 55 Teilnehmer berichteten immer wieder begeistert von ihren Eindrücken. Zudem hatten die angebotenen Ausflüge der 14-tägigen Seniorenfahrt auf die verschiedenen Provinzen Andalusiens neugierig gemacht.

### Afrika vor Augen

Schon gefühlsmäßig schien der erste Ausflug nach Gibraltar, ein Höhepunkt zu werden. Ein kurioser Ort auf der europäischen Landkarte. In der Stadt hinter einer spanisch-englischen Grenze englische Pubs, typisch rote Telefonzellen – und „richtige“ Bobbys regeln den Verkehr. Vom Europapunkt aus hatte man aufgrund der klaren Sicht die marokkanische Küste unmittelbar vor Augen; also Afrika zum Greifen nahe.

Bei der Tour nach Jerez stand zunächst der Sherry im Blickpunkt. In einer der traditionsreichsten Bodegas wurden wir nicht nur in die Geheimnisse der Produktion dieses Getränks eingeweiht. Am Ende gehörte sogar eine Weinprobe dazu. Danach war die Königliche Hofreitschule im Programm. Unvergesslich werden die Darbietungen der Kunst des Dressurreitens auf dem Rücken Andalusischer Hengste bleiben.

Der Heimweg führte über Cadix; der ältesten Stadt Spaniens; sogar der ältesten Europas. Bei einer Panoramafahrt um die Altstadt herum am Meer entlang erkennt man die historischen und architektonischen Details des Ortes, der vor 3000 Jahren von Phöniziern gegründet und danach von Griechen, Karthagern, Westgoten, Mauren und Kastiliern bevölkert wurde. Zum Abschluss entspannte ein kurzer Spaziergang im Zentrum der Altstadt.

Es gibt gewiss sehr viele Städte auf dieser Welt, die eine Reise wert sind. Sevilla gehört sicher dazu. In Erinnerung dieser Stippvisite bleiben die wunderschönen Parks der Stadt, der Spanische, der Amerikanische und der der Maria Luisa. Der Besuch der größten Kathedrale der Welt im gotischen Stil war bei der Stadtführung zutiefst beeindruckend. Die Kathedrale ist nicht nur ein sakrales Monument der katholischen Kirche, sondern auch eine Präsentation des ehemaligen spanischen Weltreichs mit vielen Facetten seiner Höhen und Tiefen.

### In der einstigen Königsstadt Ronda

Ein letzter organisierter Ausflug ging nach Ronda. Die Stadt zählt zu den berühmtesten in der wild-romantischen Berglandschaft Andalusiens. Sie liegt inmitten eines riesigen Talkessels, der von Gipfeln bis zu 1.700 Metern umgeben ist. Dort ist der Ort wiederum auf einem Hochplateau, das wie von einem gigantischen Axthieb gespalten ist – Altstadt und Neustadt sind voneinander trennt. Wie ein Adlerhorst thront die einstige Königsstadt über ihrer Umgebung. Kein Wunder, dass sich Persönlichkeiten wie Rainer Maria Rilke, Ernest Hemingway und Orson Welles von Ronda magisch angezogen fühlten.

**Fazit:** Die Ausflüge wurden von professionellen, deutschsprachigen Reiseführern begleitet und in klimatisierten modernen Reisebussen durchgeführt. Eine Erkenntnis kann in diesem Bericht weitergegeben werden. Wenn man bei einer künftigen GdP-Tour mit einem Ausflug liebäugelt, sollte man diesen bereits mit der Reise buchen. Leider haben viele Nachbuer vor Ort die verzichtbaren Erfahrungen gemacht, dass viel zu frühe Abfahrzeiten einfach erforderlich waren, weil deren Reisegruppen an Standorten mehrerer Hotels zusammengestellt wurden. So war es dann auch bei der Rückkehr. Das entfiel schlicht bei einem „GdP-organisierten“ Ausflug.

Und natürlich war es eine Reise un-





Ein Viadukt verbindet Altstadt und Neustadt in Ronda.

Foto: Frank Poster

serer Gewerkschaft; also durfte dieser Bezug nicht fehlen. Der stellvertretende GdP-Bundessvorsitzende Jörg Radek war für einige Tage angereist und richtete ein Grußwort an interessierte Teilnehmer. Es hieß Grußwort, war natürlich als seniorenpolitischer Beitrag gemeint und kam schließlich auch so an. Radek kritisierte wortgewaltig, dass dem politischen Gestaltungswillen für eine älter werdende Gesellschaft die Nähe zu den Menschen fehlt. Mit Ordnung und barrierefreiem Zugang nannte er nur zwei Stichworte und forderte von den politisch Verantwortlichen, beispielsweise für die Wohnraumsituation und den öffentlichen Personenverkehr entsprechende Ideen zu entwickeln. „Wir brauchen keine Hiobsbotschaften, sondern Ideen für eine menschlichere Zukunft“, war sein Fazit und er bot dabei auch eine konstruktive Mitarbeit der GdP an.

### Bundesseniorenvorsitzender warb für alternative GdP-Vorzüge

Der GdP-Bundesseniorenvorsitzende Anton Wiemers wiederum belegte mit sorgfältig recherchierten Zahlen

den „Pflegenotstandsstandort“ Deutschland, ging auf besorgniserregende Zustände in Pflegeeinrichtungen ein, berichtete über Gewalt in der Pflege und erinnerte zurecht an die Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen.

Wiemers warb in seinem Redebeitrag darüber hinaus einmal mehr für die GdP-Mitgliedschaft, für ihre alternativlosen Vorzüge, für ihre Angebote und hob das in Überarbeitung befindliche AktivProgrammSenioren (APS) besonders hervor. Zu den GdP-Angeboten gehörten nach seiner

Ansicht selbstverständlich auch Seniorenfahrten.

Auch diese bewährte GdP-Leistung durfte nicht fehlen: Anfangs täglich zu zwei festgelegten Zeiten, in der zweiten Woche regelmäßig einmal am Tag gab es in der Wandelhalle des Hotels die gemeinsame Sprechstunde der GdP und der Service-GmbH mit haupt- und ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen.

Auch in der übrigen Zeit waren diese „Helfer“ aus unterschiedlichen Anlässen gern zur Stelle. Eine GdP-organisierte Ü-55-Party und ein Bingo-Abend ergänzten das hotelinterne Programm und rundeten somit den GdP-Service ab.

### 2014 nach Kreta

Die GdP-Bundesseniorenfahrt 2014 geht vom 26. September bis 10. Oktober nach Kreta. Nach Vorstellung dieser Fahrt gab es bereits wieder sehr viele „Interessenbekundungen“. Gut, dass es sie gibt. Die GdP – die Gewerkschaft der Polizei!

**Frank Poster, stellvertretender GdP-Bundesseniorenvorsitzender**

## Klaus Kulick Vorsitzender des DGB-Senioren- arbeitskreises

Klaus Kulick, Landesbezirk Berlin, wurde zum neuen Vorsitzenden des Landesseniorenarbeitskreises des DGB Bezirks Berlin Brandenburg gewählt. Damit wurde erstmals ein GdP-Mitglied Vorsitzender eines Seniorengremiums im DGB. Gleichzeitig wurde er für den DGB in den Landeseniorenbeirat Berlin (LSBB) entsandt. Das ist nach dem Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz das höchste Seniorengremium in Berlin.



Jörg Radek gratuliert Klaus Kulick zur Wahl.

Foto: Kulick

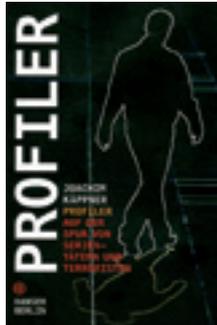
Der Landesseniorenbeirat berät das Abgeordnetenhaus von Berlin und den Senat von Berlin, insbesondere die für die Seniorinnen und Senioren zuständige Senatsverwaltung, in seniorenpolitisch wichtigen Fragen. Dies ist auch ein Erfolg für die GdP, die als kleinere Gewerkschaft im DGB eine nicht ganz unwichtige Position besetzen konnte. Auf der Bundesseniorenreise in Andalusien gratulierte der stellvertretende Bundesseniorenvorsitzende Jörg Radek Klaus Kulick zu seiner Wahl. **hol**



## Profiler

Spätestens seit dem Film „Das Schweigen der Lämmer“ ist um Profiler ein enormer Kult entstanden. Joachim Käppner erzählt davon, wie „operative Fallanalytiker“ in Deutschland wirklich arbeiten. Ausführlich beschreibt der Journalist vor allem die Münchner Profiler um Alexander Horn, die bereits 2006 die Neonazi-Morde des NSU an neun Ausländern als Verbrechen extremistischer oder wahnsinniger Einzeltäter einstuften. Damals glaubte ihnen keiner, und die Ermittler suchten weiter eine ominöse ausländische Mafiagruppe. Was Käppner über die Hintergründe und Ermittlungspannen berichtet, liest sich selbst wie ein Krimi.

**Profiler – Auf der Spur von Serientätern und Terroristen, Joachim Käppner, Hanser Berlin, 2013, fester Einband, 352 Seiten mit Abbildungen, 21,90 Euro (D), 29,90 sFR (CH), 22,60 Euro (A), ISBN 978-3-446-24368-2**



## Raubdelikte

Die Bandbreite von Raubdelikten erstreckt sich von sogenannten Abziehdelikten bis zum Banküberfall. Somit sind auch die Auswirkungen für die Opfer, die kriminalpolizeilichen Ermittlungsansätze und die präventiven Aktivitäten einer differenzierten Betrachtung zu unterziehen.

Hier setzt der vorliegende Lehr- und Studienbrief an. Durchgehend an der Praxis orientiert vermittelt er im ersten Teil einen Überblick zum Thema und befasst sich mit allgemeinen Aussagen zu den Raubdelikten. Da sich Raubstraftaten in ihrer Ausführung erheblich unterscheiden, werden im zweiten Teil die Erscheinungsformen und ihre jeweiligen Besonderheiten behandelt. Der dritte Teil beschäftigt sich mit den polizeilichen Reaktionen auf Raubstraftaten. Dabei werden neben der Erläuterung von Maßnahmen



der Repression auch Möglichkeiten der Prävention beschrieben.

Für die Vorbereitung auf Klausuren oder Fachgespräche im Rahmen des Bachelor-Studiengangs dient abschließend die Darstellung eines theoretischen Sachverhalts mit Musterlösung. Damit richtet sich das Buch sowohl an Studierende des Studiengangs Polizeivollzugsdienst (BA) wie auch an Beamte des Wach- und Wechseldienstes, die im Rahmen des Sicherungsangriffs regelmäßig mit der unmittelbaren Tattsituation konfrontiert werden. Für Beamte des Ermittlungsdienstes stellt es interessante, das eigene Wissen ergänzende Fachliteratur dar.

**Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik / Kriminologie, herausgegeben von Horst Clages, Leitender Kriminaldirektor a. D. und Klaus Neidhardt, Präsident der Deutschen Hochschule der Polizei, Nr. 19: Raubdelikte, Michaela Mohr, Andrea Nagel, 1. Auflage 2013, VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb, 160 Seiten, Format 17x24 cm, Broschur, 12,90 Euro, 23,30 sFr. im Abonnement und 14,90 Euro, 26,70 sFr. im Einzelbezug, ISBN 978-3-8011-0681-2, E-Book (ePub/ Mobipocket): 12,99 Euro.**



Nr. 12 • 62. Jahrgang 2013 •  
Fachzeitschrift und Organ der  
Gewerkschaft der Polizei



**Erscheinungsweise und Bezugspreis:**  
Monatlich 2,90 EURO  
zuzüglich Zustellgebühr.  
Bestellung an den Verlag.  
Für GdP-Mitglieder ist der  
Bezug durch den  
Mitgliedsbeitrag abgegolten.

## Deutsche Polizei

**Herausgeber:** Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,  
Stromstr. 4, 10555 Berlin  
**Telefon Berlin** (030) 399921-0 Fax (030) 399921-200  
**Internet:** www.gdp.de

**Chefredakteur/Leiter Abt. Presse:**  
Rüdiger Holecek,  
**Stellv. Chefredakteurin/Stellv. Leiterin Abt. Presse:**  
Marion Tetzner  
**Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,**  
10555 Berlin  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 113, - 117,  
Fax (030) 39 99 21 - 200  
**E-Mail:** gdp-pressestelle@gdp.de  
**Grafische Gestaltung & Layout:**  
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG  
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft  
der Polizei**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
**Telefon** Düsseldorf (0211) 7104-183  
**Fax** (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdpolizei.de

**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Joachim Kranz

**Anzeigenleiterin:**  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35  
vom 1. Januar 2013



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
179.349 Exemplare  
ISSN 0949-2844

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0,  
Fax (02831) 89887

**Adressverwaltung:**  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der  
Landesbezirke und Bezirke.

**Titel**

Foto: ddp

Gestaltung:  
Rembert Stolzenfeld



# PUNKTEN MIT



## Prüfungswissen Eingriffsrecht

Rechtsgrundlagen  
Prüfungsschemata  
Musterklausuren

Von **Lambert Josef Tetsch**

1. Auflage 2012

**Umfang:** 208 Seiten / **Format:** DIN A5 Broschur

**Preis:** 24,90 € [D]

**ISBN 978-3-8011-0683-6**

Auf Basis des nordrhein-westfälischen Polizeigesetzes und Verwaltungsverfahrensgesetzes zeigt dieses Buch alle wesentlichen Inhalte des Eingriffsrechts auf, die für eine erfolgreiche Bewältigung der polizeilichen Ausbildung und des polizeiwissenschaftlichen Studiums notwendig sind. Für die polizeirechtlichen Vorschriften der anderen Bundesländer und der Bundespolizei ist eine vergleichende Übersicht der Vorschriften aus den Polizeigesetzen der Länder und des Bundes beigefügt.



### DER AUTOR

**Lambert Josef Tetsch**, Polizeidirektor a.D., Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW.

## Prüfungswissen Verkehrsrecht

Lernhilfen, Tests und Klausuren mit Lösungen  
Von **Karl-Peter Conrads**, und **Bernd Brutscher**

1. Auflage 2013

**Umfang:** 208 Seiten / **Format:** DIN A5 Broschur

**Preis:** 19,90 € [D]

**ISBN 978-3-8011-0637-9**

Grundlage dieses Buches sind die vier Auflagen des bisher unter dem Titel „Musterklausuren Verkehrsrecht“ erschienen Buches. Neben der inhaltlichen Aktualisierung unter Berücksichtigung der Neufassung der Straßenverkehrsordnung und der neuen Bestimmungen zum Fahrerlaubnisrecht, mit insbesondere den neuen Klasseneinteilungen und dem Besitzstandsrecht, wurde ebenso versucht, die neuen Studienreformen und -inhalte mit in dieses Übungsbuch einzubeziehen, ohne die altbewährten Übungsformen über Bord zu werfen und ohne den Schwerpunkt der Klausurbearbeitung zu verwässern.



### DIE AUTOREN:

**Karl-Peter Conrads**, Erster Polizeihauptkommissar, unterrichtet seit mehr als 25 Jahren Verkehrsrecht.

**Bernd Brutscher**, Erster Polizeihauptkommissar, stellv. Leiter, Zentrale Verkehrspolizeiliche Dienste Saarland.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH · Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

# MOBILITÄT ALS LIFESTYLE

# TROIKA®



## DIE MOBILE STECKDOSE TROIKA STROMKONNERVE



Campinglicht



Taschenlampe

Externer Akku mit integrierter Akkustatusanzeige (LED), zum Aufladen von Smartphones mit USB-Verbindung, inkl. Aufstecktaschenlampe oder Campinglicht.  
144 x 36 x 35 mm, 100 g

255112 29,95 €

## JEDER TAG IST EINE REISE TROIKA iWALK

Umhängetasche mit 5 separaten Fächern für Tablets und Utensilien, mit Öffnung für Ladekabel zwischen den beiden vorderen Fächern, variabler Tragegurt.

Nylon, schwarz  
Design: TROIKA Design Werkstatt  
220 x 30 x 270 mm, 420 g

255212 26,95



Letzter Bestelltermin:  
31.12.2013



**Wichtig:** Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung. Lieferung erfolgt auf Rechnung! Ihre Bestellung richten Sie bitte an die:

**Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH**

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: - 4165 • osg.werbemittel@gdp.de • www.osg-werbemittel.de